

78

Juli/August '99
15. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 249 1249
Bz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 067001700

Weitere Themen:

- Akin Birdal
- „Frieden“ in Kosova
- Gelbe Seiten:
Die Vertreibung
der Albaner
- Euromärsche
- Bewegung für ein
soziales Europa
- „Neue“ NATO-Strategie
- BRECHT- ZENTRUM
Recklinghausen
- Aamir Mohamed Ageeb



Titelthema:
Öcalan-Prozess

Inhaltverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Nicht Öcalan – Die Türkische „Republik“ stand vor Gericht	4
„In meinem Land laufen die Mörder frei herum“	10
Der NATO-Frieden geht in Kosova um	12
Neue Füße für den Euro-Marsch	28
Kein Tag des „Nationalen Widerstands“ in Hamburg	42
Dokument	
Erklärung der ERNK	8
Das soziale Europa	32
Wir trauern um Aamir Mohamed Ageeb	41
Analyse	
Die aktuelle NATO – Strategie	36
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluß Nr. 79: 28.08.1999

EDITORIAL

Von "Sommerloch" kann in diesem Jahr, was die politischen Ereignisse betrifft, keine Rede sein. Eine Fülle von Ereignissen allein im Juni sind von "globaler" Bedeutung und werden nicht nur die Diskussionen unter AntifaschistInnen noch lange beschäftigen.

Nach genau 4 Wochen verhängte die türkische Republik gegen **Abdullah Öcalan**, den Vorsitzenden der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), am **29. Juni** das schon vorher feststehende **Todesurteil** und beendete damit alle Versuche, eine friedliche und demokratische Lösung der "Kurdenfrage" zu finden.

Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen darüber, ob am Ende der türkische Staat auf eine Vollstreckung des Todesurteils verzichten wird - das faschistische Folterregime wird demokratische und soziale Freiheiten niemals freiwillig zugestehen. Nur der gemeinsame antifaschistische Kampf der Völker der Türkei und des kurdischen Volkes wird in der Lage sein, dies Regime zu Fall zu bringen und damit die **Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung** schaffen.

Die **PKK** wird die **Lehren aus der Entwicklung der ersten 15 Jahre ihres Kampfes** ziehen und sich auf weitere 15 Jahre des Kampfes vorbereiten.

Die NATO hat mit ihrem "Sieg" über die Föderative Republik Jugoslawien ihr Ziel erreicht, **Kosova unter NATO-Kontrolle** zu stellen und die jugoslawischen Streitkräfte zum Rückzug zu zwingen. Frieden und Freiheit für die Völker des Balkans sind dadurch nicht erreicht, im Gegenteil, nationaler Hass wurde durch den NATO-Einsatz über das vorhandene Maß hinaus gesteigert, demokratische Entwicklungen zurückgedrängt und die Selbstbestimmung der Völker auf lange Zeit verhindert. Für die Kosovaren wurde zwar die blutige nationale Unterdrückung durch das jugoslawische Regime beendet, aber um wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen, müssen die Völker des Balkans ihren nationalen Hass überwinden und gemeinsam dafür eintreten, dass die NATO-Besatzung ihrer Länder beendet wird - bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Für die **"neue" NATO-Strategie**, die Stefan W. Born in seinem Beitrag analysiert, war der "Jugoslawien-Konflikt" ein erster Testfall, den ihre Führer vermutlich als Erfolg beurteilen. Weitere "Konflikte", die ihr "Sicherheitsumfeld berühren", stehen bevor - der nächste NATO-Krieg kommt bestimmt.

Deutschland war im Juni Schauplatz des **"Weltwirtschaftsgipfels" der imperialistischen Staaten**, aber auch einer ganzen Reihe von internationalistischen Gegenaktionen, die eine zunehmende Zusammenarbeit und "Vernetzung" unterschiedlichster politischer und humanitärer Initiativen, Organisationen und Parteien signalisieren. Vor allem die Demonstration der **"Euromärsche" am 29. Mai** in Köln war ein erfreuliches Beispiel für das europaweite Zusammenwachsen sozialer, demokratischer und antifaschistischer Bewegungen.

Auf die Bedeutung des Entstehens einer **europaweiten sozialen Bewegung** gegen die neoliberale Politik der Herren Blair und Schröder bezieht sich der Beitrag von **Pierre Bardieu** in LE MONDE diplomatique, den wir in dieser Ausgabe dokumentieren.

Auf dem Hintergrund des Jugoslawienkrieges verhinderte der deutsche Staat einige bundesweite faschistische Demonstrationen wie die am **5. Juni in Hamburg**, legte aber durch die Urteile des Bundesgerichtshofs die Grundlagen dafür, dass nationalsozialistische Propaganda künftig als Bestandteil der "freien Meinungsäußerung" zu gelten hat, antifaschistischer Widerstand dagegen als "kriminell" eingestuft werden kann.

Diese Entwicklung wird das Erstarken faschistischer Positionen begünstigen.

Dazu trägt der deutsche Staat durch seine menschenfeindliche Politik gegenüber Flüchtlingen und die Ausweitung seiner rassistischen Abschiebep Praxis einschließlich staatlich legalisierter Morde kräftig bei.

Die Beiträge über den **Tod Aamir Mohamed Ageebs** während seiner Abschiebung und den von Abschiebung bedrohten Peruaner **Alex Alayo** verdeutlichen dies.

Was sonst noch drinsteht, ihr seht's im Inhaltsverzeichnis.

Alle FreundInnen und LeserInnen unserer Zeitschrift wünschen wir in diesen bewegten Zeiten auch ein wenig Luft und Freizeit, um neue Kräfte zu sammeln.

Für die Redaktion

WT

NICHT ÖCALAN - DIE TÜRKISCHE "REPUBLIK" STAND VOR GERICHT

Vom 31. Mai bis zum 29. Juni fand auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali der Schauprozess gegen Abdullah Öcalan, den Vorsitzenden der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) statt.

Bei diesem Prozess, in welchem die Türkische "Republik" nicht eine Person, sondern das kurdische Volk vor Gericht stellte und zum Tode verurteilte, stand in Wahrheit das pseudodemokratische, nationalistische und faschistische Terrorregime der Türkei vor Gericht.

Allerdings war es nicht Öcalan, der vor Gericht diesen Beweis erbrachte, vielmehr wird der Beweis hierfür jeden Tag in der Realität der Türkei erbracht.



Keine Aussicht auf Demokratisierung

Die nationalistisch-rassistische Mobilisierung der Bevölkerung, die zumindest in den ersten Wochen dieses "Jahrhundertprozesses" durch die staatstragenden Massenmedien geschürt wurde, die Instrumentalisierung von Angehörigen von gefallenen türkischen Soldaten im Publikum und als Nebenkläger - Angehörige von kurdischen Gefallenen waren selbstverständlich von diesem

Prozess ausgeschlossen -, die Lynchversuche durch von der MHP organisierte Banden des "Volkszorns" gegen die Anwälte Öcalans, die permanente Unterdrückung jeglicher demokratischer Regung, die Rechte für KurdInnen fordert, die Unterdrückung des Menschenrechtsvereins IHD sowie das angestrebte Verbot der HADEP, dies und vieles mehr beweisen, dass die Türkei den Kurs großtürkischer Aggression nach außen und faschistischer

Repression nach innen nicht verlassen wird.

Dazu ist mehr nötig als die zweifelhaften Signale der westlichen "Demokratien", dass bei einer zumindest kosmetischen Verbesserung der Lage der KurdInnen und einer besser getarnten Unterdrückung der demokratischen Opposition gegenüber dem Ausland ein Beitritt in die EU in Erwägung gezogen werden kann.

Da zur gleichen Zeit die wirtschaftlichen und militäris-

chen Beziehungen zur USA und zu Europa aufs Beste gedeihen, könnte der einzige Grund für eine minimale Änderung im massenhaften Verlust im Tourismusgeschäft bestehen - aber der wird erfahrungsgemäß in spätestens 1-2 Jahren wieder auszugleichen sein.

Dagegen kann sich die Türkei gute Chancen ausrechnen, in der entstehenden Achse Deutschland - Albanien - Türkei eine zumindest für den deutschen Imperialismus noch größere Rolle einzunehmen, was seine Rolle im Rahmen der neuen NATO-Strategie erneut aufwertet.

Dies und mehr spricht dafür, dass eine Veränderung in der Türkei und insbesondere in den von ihr besetzten kurdischen Gebieten allein durch den - wohl erneut mehr als 15 Jahre dauernden Kampf - erreichbar sein wird.

Der Prozess - eine Karikatur auf ein rechtsstaatliches Verfahren

Auch wenn Öcalan vor Gericht an der maßgeblich von ihm selbst entwickelten Strategie festhielt, dass die Zeit für ein Ende des bewaffneten Kampfes längst reif sei und "mutige Persönlichkeiten" in der Türkei auftreten müssten, um ein Ende des Kampfes auch formal zu beschließen und Verhandlungen um eine "politische Lösung" der "Kurdenfrage" aufzunehmen, muss nüchtern festgestellt werden, dass die Türkei zu einem solchen Schritt nie bereit war und auch nie bereit sein wird. Er würde bedeuten, dass die herrschende Klasse ihre ideologische Legitimationsbasis, den nationalen Konsens des rassistischen Kemalismus, in Frage stellte, und dazu ist der militärische Generalstab

nicht fähig und nicht willens.

Nicht willens, da er der militärischen Unterstützung der NATO sicher sein kann, nicht fähig, da die ökonomische Basis der herrschenden Klasse in der Türkei ihr einen eigenständigen, tendenziell antiimperialistischen Kurs, nicht ermöglicht.

Auf die Frage, ob er bereit sei, die PKK aufzurufen, die Waffen niederzulegen, hat Öcalan nicht die vom Türkischen Staat erwartete Antwort gegeben.

Ihm ist ohne Zweifel klar, dass die Türkei nicht daran denkt, sein Leben zu schonen, er begreift das Gericht als taktisches Instrument, den Friedenswillen des kurdischen Volkes erneut vor der Weltöffentlichkeit zu bekunden.

Dass er von diesem Gericht kein demokratisches Urteil zu erwarten hat, war ihm von Anfang an klar - sonst hätte er nicht die volle Verantwortung für alle ihm von der Anklage vorgeworfenen "Verbrechen" übernommen.

Nur vor einem bürgerlich-demokratischen Gericht, das zumindest den Schein wahr, dass dem Angeklagten seine "Verbrechen" auch juristisch nachgewiesen werden müssen und das daher sowohl dem Vertreter der Anklage als auch dem Angeklagten das Recht zubilligt, Zeugen aussagen zu lassen, wäre eine Prozessstrategie sinnvoll gewesen, die sich auf den Schein der Unabhängigkeit eines demokratischen Gerichtsverfahrens einlässt.

Der "Prozess" auf Imrali hatte mit solch einem Verfahren nur als Karikatur, aber nicht de facto zu tun.

Es gab keine Zeugen der Verteidigung, keine demokratische Öffentlichkeit und keine

Rechte des Angeklagten und der Verteidigung.

Dass aus taktischen Erwägungen das türkische Parlament kurzfristig ein Gesetz verabschiedete, das die Entfernung des Militärrichters aus dem Prozess ermöglichte, bedeutet überhaupt nichts.

Schon die Tatsache, dass dieser Prozess auf Imrali, auf militärischem Sperrgebiet, stattfand, nimmt ihm jegliche demokratische Legitimation.

Selbstverständlich hat die Türkei ein großes Interesse daran, vor der Weltöffentlichkeit den Schein eines "demokratischen" Verfahrens zu erreichen, und das Auftreten des Vorsitzenden Richters, Turgut Okyay, war eine glänzende Inszenierung, die Erfolg hatte. So verkündete der vom Straßburger Europarat entsandte Prozess-Beobachter Andras Barsoni: *"Kein Zweifel, wir haben ein faires Verfahren gesehen."*

Ein faires Verfahren, weil besagter Okyay *"mit einer Verhandlungsführung, die neben den "Märtyrer"-Witwen und den Invaliden der türkischen Armee zum erstenmal auch PKK-Chef Öcalan und sein Advokantenteam zu Worte kommen ließ"*, wie der SPIEGEL zu melden weiß.

Und deshalb hat dieser Richter aus Sicht des SPIEGEL gleich *"das Zeug, als Revolutionär in die Geschichte der modernen Türkei einzugehen."*

Wie schon häufiger in den vergangenen Jahren ergreifen die westlichen Medien jeden "Strohalm", um einen angeblichen Demokratisierungsprozess in der Türkei zu vermelden, was immer gleichbedeutend damit war, dass die blutige alltägliche Realität der Folter,

der Vertreibung, der Unterdrückung jeglicher Opposition und des staatlichen Mordens - unter Umgehung der Notwendigkeit, gefällte juristische Todesurteile zu vollstrecken -, aus dem Blick der Weltöffentlichkeit verschwinden soll.

Ganz zu schweigen von den politischen Zielen der kurdischen Freiheitsbewegung. Zu keinem Zeitpunkt waren die "westlichen Demokratien" und die von ihnen bezahlte Medienlandschaft dazu bereit, das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung, Aufhebung der nationalen Unterdrückung und Errichtung eines eigenen, souveränen Staates anzuerkennen.

So ist auch klar, dass sie in der Grundauffassung mit dem Türkischen Staat einer Meinung sind, dass eine Organisation wie die PKK "terroristisch" und mit allen Mitteln zu bekämpfen sei.

Die Strategie der PKK

Die PKK hat in den vergangenen Jahren nichts unversucht gelassen, eine friedliche und politische Lösung für die KurdInnen in der Türkei zu erreichen.

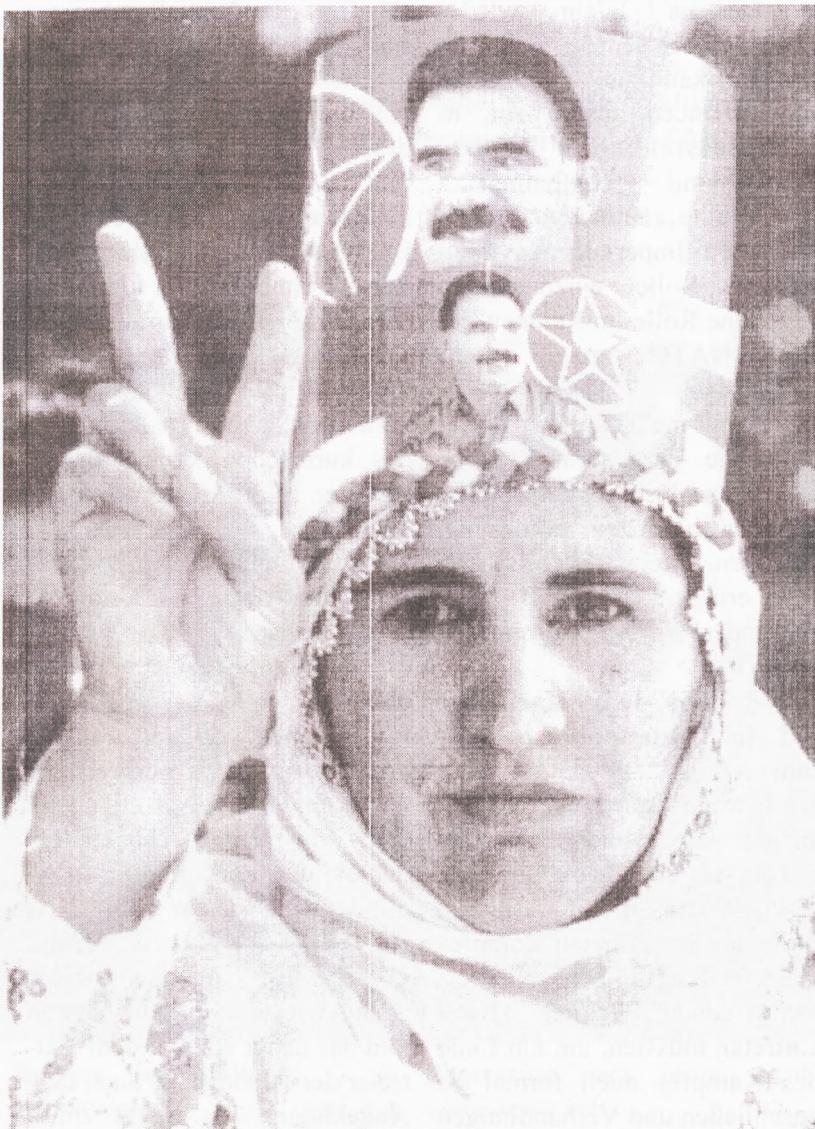
Das Ziel, einen eigenen Staat aller KurdInnen zu erreichen, hat sie - möglicherweise aus taktischen Gründen - aufgegeben, das vor Beginn des Prozesses formulierte Ziel einer Autonomie innerhalb der Türkei hat Öcalan - falls wir seine Worte vor Gericht zutreffend wiedergeben - ebenfalls aufgegeben: *"Die Kurden können ihren Platz in einer demokratischen Republik finden. Hier gibt es Gedankenfreiheit. Und hier gibt es politische Freiheit. Warum sollte ich etwas fordern, das bereits existiert? Das einzige Problem sind Sprache und*

kulturelle Identität."

Er forderte die Legalisierung der PKK als politischer Partei und die Möglichkeit für ihn selbst, mit der Organisation Kontakt aufzunehmen.

Die Ausführungen Öcalans fol-

wähnt wurden. Zum anderen bleibt unverständlich, warum Öcalan auch die Auslandskontakte der PKK ausbreitete, wie z.B. die Tatsache, dass die PKK in Griechenland Ausbildungslager unterhalte, dass die dor-



gen in wesentlichen Aspekten den taktischen Zielen, wie sie die PKK seit Jahren vertritt, dennoch haben sie in der Anhängerschaft ohne Zweifel auch Verunsicherung hervorgerufen. Zum einen dadurch, dass er zwar die Angehörigen der gefallenen türkischen Soldaten als "Märtyrer" bezeichnete, während kurdische Opfer in seinen Ausführungen nicht er-

tigte orthodoxe Kirche Finanzhilfe geleistet habe in der Absicht, die Türkei in einem langjährigen Krieg gegen die KurdInnen zu schädigen.

Über die HADEP führte er aus, sie sei zwar kein Ableger der PKK, es habe mit ihr aber Absprachen über die Auswahl der KandidatInnen gegeben.

Und dies angesichts der Tatsache, dass der Türkische Staat

mit aller Macht darangeht, die HADEP zu verbieten.

Es ist kaum zu erwarten, dass die im April gerade gewählten Bürgermeister der HADEP in den kurdischen Städten und Dörfern über diese Aussagen sehr erfreut sind.

Zukunftsperspektiven

Ohne Zweifel ist die Türkei daran interessiert, den Krieg gegen die KurdInnen zu beenden - unter Maßgabe der Voraussetzung, dass sie ihren Anspruch auf die kurdische Identität, und dies ist in erster Linie eine soziale Frage, vollständig aufgeben und sich der "Republik" - auf Gnade oder Ungnade - ergeben. Es kann kein Zweifel sein, dass sie auf diesem Hintergrund keines der Angebote Öcalans annehmen werden und an der Verhängung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung festhalten wird.

Sie hat kein Interesse an einer "legalen" PKK und sie hat kein Interesse an einem lebenden Öcalan, der, ähnlich wie Mandela in Südafrika, als Gefangener ein ähnliches Symbol des lebendigen Widerstands wäre. Sie hat allerdings auch kein Interesse an einem erneuten 15jährigen Aufflammen des bewaffneten Kampfes, und deshalb wird sie alles tun, um auf dem "Verhandlungswege" einen möglichst großen Spielraum zu erhalten, damit noch mehr Verunsicherung in die Reihen der PKK getragen wird.

Ein solcher Versuch deutet sich schon in den Worten des türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel an, der erklärte, das mit einem erstinstanzlichen Todesurteil das Verfahren gegen Öcalan noch nicht zu Ende sei: "Der Europäische Gerichtshof kann die Ausführung des

Urteils stoppen".

Dass die PKK-Führung auf dies "diplomatische" Taktieren hereinfallen und bereit sein wird, "von den Bergen herabzusteigen" und die Waffen niederzulegen, davon ist mit Sicherheit nicht auszugehen. Dies machte schon die erste Erklärung der PKK-Führung nach Beginn des Prozesses deutlich, in der es heißt:

"Unser Vorsitzender hat mit der bei Führern erkennbaren Größe und dem dazu gehörigen persönlichen Einsatz alles für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage in die Wagschale geworfen.

Diese freie und aufrechte Haltung sollte unbedingt richtig verstanden werden und beantwortet werden. Wenn sie seitens der türkischen Republik, der regionalen und anderweitigen Ansprechpartner als Schwäche ausgelegt wird, so befinden sich diese in einem gewaltigen Irrtum.

Wir sind als Partei, Guerilla und Volk zu allem bereit. So wie wir 15 Jahre gekämpft haben, so können wir, wenn notwendig, nochmals den gleichen Zeitraum kämpfen und haben hierfür sämtliche Vorkehrungen getroffen.

Jedoch sind wir der Meinung, dass fünfzehn Jahre Krieg genügen. Desweiteren sind wir der Ansicht, dass eine weitere Verlängerung des Krieges niemandem einen Nutzen bringt und streben eine demokratische Lösung an, die den Frieden und die Brüderlichkeit ermöglicht.

Auf dieser Grundlage rufen wir unsere Partei, unser Volk und unsere Freunde dazu auf, mit großer Aufmerksamkeit und Einheit, sich und ihre Organisation mit der Anwendung aller

möglichen Methoden auf den Kampf vorzubereiten. Desweiteren rufen wir dazu auf, die jetzige Phase mit großer Reife und Bewusstsein zu begreifen, um mit allen Möglichkeiten den Kampf des Vorsitzenden Abdullah Öcalan für eine demokratische Lösung zum Erfolg zu führen."

Der kurdische Freiheitskampf wird noch lange Jahre dauern, die PKK steht vor wichtigen strategischen Entscheidungen, bei der wir ihr Kraft und Zuversicht wünschen.

Wenn der Türkische Staat sich in dem feudalen Irrglauben wähnt, er brauche nur den Kopf abzuschlagen und der kurdische Freiheitskampf wäre beendet, irrt er.

Dass auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen Linken solchen Vorstellungen unterliegt, ist nur am Rande erwähnenswert.

Das kurdische Volk wird seinen Kampf fortsetzen, der faschistische Staat wird seiner sicheren Niederlage nicht entgehen !

Stephan W. Born (AFB)

Anzeige

Theater Kunst

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kurtumstr. 5
 Öffnungszeiten: 10^h-16^h
 Samstag 10^h-14^h & langer Samstag

**"VON DIESEM ZEITPUNKT AN IST UNSER VORSITZENDER EINE
GEISEL IN DEN HÄNDEN DES TÜRKISCHEN STAATES"**

Erklärung der Europazentrale der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK anlässlich der Urteilsverkündung gegen den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalans.

Berlin, 29. Juni 1999

Heute wurde die Imrali-Tragödie, die als "Verfahren des Jahrhunderts" bezeichnet wird und wohl als das unfairste Verfahren in die Geschichte eingehen wird, beendet. Wie bereits erwartet, wurde gegenüber unserem Vorsitzenden die Todesstrafe verhängt.

Die PKK hat dies Verfahren von Anfang an als nicht rechtmäßig angesehen. So erkennen wir selbstverständlich auch das Urteil nicht an und möchten unser tiefstes Bedauern und unsern Protest zum Ausdruck bringen. Es entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage und widerspricht auch jeder menschlichen Ethik, dass eine Kriegspartei die andere in dieser Weise völlig einseitig verurteilt. Deshalb sehen wir als das kurdische Volk dieses Urteil als einen gegen unsere Nation und unsere Würde gerichteten faschistischen und nationalistischen Angriff und verurteilen es aufs Schärfste.

Die Kurden sind in dieser Auseinandersetzung nicht die Angeklagten, sondern die eigentlichen Betroffenen. Aus diesem Grund ist dieses Urteil völlig ungerechtfertigt. Wir haben keinen Augenblick daran gezweifelt, dass der Prozess gegen unseren Vorsitzenden mit einem Freispruch enden muss, denn der Kampf des kurdischen Volkes und der PKK ist eine legitime Verteidigung gegen die Vernichtungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk. Eine andere Alternative hat das kurdische Volk nie gehabt.

Mit diesem Urteil hat die türkische Seite die Aufrufe der kurdischen Seite zu einer friedlichen Beilegung des Krieges und einer Beendigung des Blutvergießens ignoriert. Sie hat eine

historisch wichtige Gelegenheit für eine demokratische Lösung des Kurdenproblems leichtfertig verworfen und damit sowohl dem türkischen als auch dem kurdischen Volk gegenüber verantwortungslos gehandelt.

Dieses Urteil wird in der Türkei und auch im ganzen Mittleren Osten einen erneuten gefährlichen Weg der Konflikte und des Rückschritts ebnen. Der türkische Staat hat immer noch die letzte Möglichkeit, dies zu verhindern.

Unser Vorsitzender hat unter den unmöglichsten Umständen ver-



Agri in Kurdistan am Fuß des Berges Ararat

Foto: Reza

sucht, als eine Notwendigkeit verantwortungsvollen Handelns, dem kurdischen und türkischen Volk gegenüber während des Verfahrens Lösungsvorschläge in einem demokratischen Rahmen darzulegen und zu einem Dialog aufzurufen. Er hat alles Menschenmögliche für das Zusammenkommen eines endgültigen Friedens getan. Trotz des aggressiven und aufhetzerischen Verhaltens von der türkischen Seite hat unser Vorsitzender versucht, Ruhe zu bewahren

und sich nicht von diesem provokativen Verhalten beeinflussen lassen. Sein Verhalten und seine Reden hat er trotz dessen in einem friedlichen Rahmen gestaltet.

Wir können dieses Gericht als solches nicht anerkennen und daher haben wir dieses Verfahren als eine Möglichkeit angesehen, mit der türkischen Seite in Dialog zu treten, und unser Vorsitzender ist in diesem

Sinne unser Vertreter gewesen.

Die Gerichtsverhandlungen waren für uns nichts anderes als politische Zusammenkünfte beider Seiten. Mit dem Urteil ist nun offensichtlich, dass diese Zusammenkünfte negativ ausgegangen sind. Von diesem Zeitpunkt an ist unser Vorsitzender eine Geisel in den Händen des türkischen Staates.

Diesen Angriff können wir nicht stillschweigend über uns ergehen lassen. Nach soviel Opferbereitschaft und Zuvorkommen der kurdischen Seite ist ein solch ungerechtes und gesetzwidriges Urteil nicht ohne weiteres annehmbar. Wir werden auf diese neue Entwicklung auf jeden Fall anders reagieren als wir es bis zur Bekanntgabe des Urteils getan haben. Es ist eine völlig andere und neue Situation. Unsere Partei wird nun diese neue Entwicklung nach allen Seiten beleuchten und diskutieren und letztendlich ihre Strategie und Vorgehensweise binnen kürzester Zeit in die Tat umsetzen.



Newroz 1999 in Diyarbakir

AP

Europazentrale der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)



„Glücklich, wer sich Türke nennen darf“, im kurdischen Sirnak

Foto: R. Maro

"IN MEINEM LAND LAUFEN DIE MÖRDER FREI HERUM"

Als der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), Akin Birdal, am 12. Mai vergangenen Jahres von rechtsradikalen Attentätern schwer verletzt wurde, hing sein Leben an einem seidenen Faden. 13 Mal hatten die beiden Männer auf Birdal geschossen. Sechs Kugeln trafen ihn in der Brust, im rechten Arm und im linken Bein. Das Attentat gegen den bekannten Menschenrechtsaktivisten, seine Vorgeschichte und der Umgang mit den mittlerweile gefassten Tätern sind symptomatisch für den Umgang von türkischer Staatsgewalt und Regierung mit Menschen, die sich wie Birdal für eine friedliche Lösung der "Kurdenfrage" einsetzen.

Schlagende Verbindungen

Dem Attentat auf den IHD-Vorsitzenden ging eine staatlich lancierte Medienkampagne gegen ihn voraus. Polizeibehörden hatten behauptet, Birdal werde von der kurdischen Guerilla PKK finanziert. Damit wurde er für "vogelfrei" erklärt. Für türkische Massenblätter wie *Hürriyet*, *Milliyet* und *Sabah* Anlass zu einer hysterischen Kampagne gegen den Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins. Den telefonischen Drohungen, die Birdal seitdem erhielt, folgte das Attentat. Die beiden Täter haben nachweislich enge Kontakte zu den Todesschwadronen. Doch Birdal geht davon aus, dass die Hintermänner des Attentats nie zur Verantwortung gezogen werden. Denn die Todesschwadronen verfügen über engste Kontakte und Verflechtungen in den türkischen Staatsapparat. Ein Untersuchungsausschuss des Parlaments hat dies bestätigt. Praktische Konsequenzen folgten dieser Enthüllung allerdings nie. Im Gegenteil, die Mörderbanden gehören zum paramilitärischen Umfeld der MHP, die aus den Wahlen dieses Jahres als zweitstärkste Partei hervorgegangen ist. Gegen das Beharrungsvermögen der Oppositionellen, die sich von ihrer ablehnenden Haltung zur rassistischen staatlichen Verfolgungspolitik gegen die Kurden nicht abbringen lassen, gehen Staat und Militär mit allen Mitteln der Repression vor. Im Fall Akin Birdals erfolglos. Wenige Monate nach dem Attentat nahm er seine Arbeit im Menschenrechtsverein wieder auf.

Die drei Affen

1986 wurde der IHD gegründet. Mittlerweile hat der Verein 20 000 Mitglieder und Förderer und verfügt über verschiedene Regionalbüros, die oft

die einzige Anlaufstelle für Opfer und Angehörige von Opfern von Menschenrechtsverletzungen sind. In regelmäßig erscheinenden Berichten veröffentlicht der IHD aktuelle Zahlen und ist die einzige verlässliche Quelle zur Situation der Menschenrechte in der Türkei. Zentrales Thema des IHD ist die Verfolgung der Kurden. Hier haben der türkische Staat und das Militär nicht nur massive Menschenrechtsverletzungen zu verantworten, sondern einen Krieg, der die Vertreibung der Kurden aus ihrer Heimat zum Ziel hat. Wer diese Politik des Rassismus und der Unterdrückung anprangert, muss in der Türkei selbst mit härtester politischer Verfolgung rechnen. Derzeit laufen 100 Verfahren gegen Mitglieder und Funktionäre des IHD, denen meist "separatistische Propaganda" vorgeworfen wird, weil sie sich für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage eingesetzt haben. So auch gegen Akin Birdal. Für mehrere Reden, in denen er auf die Verfolgung der Kurden aufmerksam machte und für eine friedliche Lösung plädierte, sind 30 Verfahren gegen ihn anhängig. In zwei Prozessen wurde er zu sechsundzwanzig Monaten Gefängnis verurteilt und musste nun, ein Jahr nach dem lebensgefährlichen Attentat, im Juni dieses Jahres, diese Haftstrafe antreten. Der begutachtende Amtsarzt hatte festgestellt, dass Birdal nicht an einer lebensgefährlichen Krankheit leide und deshalb die Strafe antreten müsse. Dass Birdal im Gefängnis wahrscheinlich seinen rechten Arm verlieren wird, weil ihm die notwendigen physiotherapeutischen Maßnahmen dort nicht zugestanden werden, nimmt der türkische Staat in Kauf. Gegner der Kurdenverfolgung haben mit Gefahr für Leib und Leben zu rechnen.

4500 "unaufgeklärte" Morde

Jede Form einer zivilen Bewegung für eine friedliche Lösung soll mit allen Mitteln unterdrückt werden. "Bislang ist noch keiner der Verantwortlichen für die mehr als 4 500 unaufgeklärten politischen Morde, die seit 1991 traurige Berühmtheit erlangten, verhaftet worden", sagte Birdal, "in meinem Land laufen die Mörder frei herum, während die Intellektuellen im Gefängnis sitzen."

Hintergrund für die Hetze gegen Birdal und den türkischen Menschenrechtsverein ist deren unachgiebiges Beharren auf der Realität der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. "Wir sollen uns einerseits für die Menschenrechte einsetzen", sagt Birdal, "und andererseits nicht sehen, dass es seit fünfzehn Jahren einen Krieg gibt, der 35 000 Menschen das Leben gekostet hat. Einen Krieg, in dem 4 000 Dörfer geräumt wurden und 3,5 Millionen Menschen ihre Häuser verlassen mussten, in dem Dörfer und Wälder niedergebrannt wurden, in dem es Folter, verschwundene Personen und Morde gegeben hat. Man will, dass wir nichts sehen, nichts hören und nichts sagen sollen. Man will, dass wir die drei Affen spielen, und das können wir nicht."



Akin Birdal vor Gericht in Ankara

(Katja Maurer, in: Stichwort: "Kurdistan", hrsg. von medico international, Mai 1999)

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle

Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Ma. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
 NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
 45657 RECKLINGHAUSEN
 TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio-Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Der NATO-Frieden geht in Kosova um...

„Den gordischen Knoten Kosovo geduldig zu entwirren, scheinen Serben und Albaner allein kaum imstande zu sein; die europäischen Nationen und die internationalen Gemeinschaften werden sich daher ihrer Mitverantwortung für eine Neuordnung auch in diesem Teil des ehemaligen Jugoslawien nicht entziehen können, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll.“ (Christine von Kohl/Wolfgang Libal, Kosovo: gordischer Knoten des Balkan, 1992)

„Die Unabhängigkeit von Kosova kommt - aber nur aus den Gewehrläufen!“ (Wahlslogan des wegen seiner ablehnenden Haltung zur Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens durch die Vertreter der UCK inzwischen entmachteten politischen Repräsentanten der UCK, Adem Demaci, der 28 Jahre lang wegen seines Traums von einer albanischen Volksrepublik im Rahmen der jugoslawischen Föderation als Keim einer sozialistischen Umgestaltung von ganz Jugoslawien in jugoslawischen Gefängnissen gesessen hatte, 1998)

Mit dem geduldigen Entwirren des gordischen Knotens Kosova halten es die von Madeleine Albright geförderten Newcomer um Hashim Thaqi in Kosova, die ihre Macht den Bomben der NATO verdanken, nicht. Sie denken an das im Rambouillet-Abkommen zugesagte Referendum über die Zukunft von Kosova und wollen möglichst wenig Gegenstimmen gegen ein Votum für dessen Lostrennung von Jugoslawien haben. Die „europäischen Nationen und die internationalen Gemeinschaften“ hatten ein altes Rezept für die Lösung des gordischen Knoten gefunden. Kosova grenzt ja an Makedonien, und dort nährt sich das historische Selbstbewusstsein der aus Griechen, Serben und Albanern zusammengesetzten „Nation“ von Vorbildern aus dem Makedonien der Antike: Alexander der Große hatte

einst aus Makedonien für wenige Jahre ein Weltreich gezimmert, das nach seinem Tod noch knapp 140 Jahre als eines der Diadochenreiche überdauerte, bis das aufstrebende Imperium Romanum ihm militärisch den Garaus machte und sein Territorium in vier Freistaaten zerlegte, die angesichts ihrer Schwäche etwa 50 Jahre danach unter den Stiefeln der römischen Kohorten wiedervereinigt und dem Imperium Romanum als „provincia“ (= unterworfenen Gebiet, das einem Statthalter unterstellt ist) einverleibt wurden. Alexander ist auf dem Balkan ein beliebter Name, so hieß auch der Nationalheld der Albaner, Skanderbeg (= Herr Alexander), der im bewaffneten Kampf gegen das Osmanische Reich 1443 bis 1468 einen unabhängigen albanischen Staat errichtet hatte. Und auch die eine der beiden

Haupttugenden Alexanders des Großen wird sehr geschätzt, die andere dagegen verzerrt: Es hieß, wer den von dem phrygischen König Gordios geknüpften, sehr verworrenen Knoten entwirren könne, werde ganz Asien beherrschen; Alexander „entwirrte“ ihn mit dem Schwert, und mit dem Schwert zog er aus, um ganz Asien zu beherrschen, ihm fiel das Perserreich anheim, und er ließ eine Versöhnung mit dem Feind folgen, indem eine Massenhochzeit zwischen seinen Soldaten und persischen Frauen den Bund festigen sollte (er selbst ehelichte Ruhsana, die Tochter des von ihm auf dem Schlachtfeld besiegten persischen Großkönigs Kurusch), kam jedoch auf seinem weiteren Vormarsch nur bis Indien, ins Tal des Ganges, wo er der Malaria unterlag. Massen“hochzeiten“ gab es

gar viele seither, nicht nur auf dem Balkan: Die Frauen der Besiegten waren eine begehrte Beute der Sieger, und diese fragten sie nicht, sondern nahmen und nehmen sich das Recht des Stärkeren heraus. Die serbischen und kroatischen christlich-orthodoxen bzw. katholischen Herrenmenschen der jüngeren Geschichte, die moslemische Bosnierinnen oder Albanerinnen vergewaltigt haben, und jetzt auch die jungen moslemischen UCK-Kämpfer, die nach dem Abrücken der serbischen Armee christlich-orthodoxe Klöster überfallen und serbische Nonnen vergewaltigt haben, bilden da keine Ausnahme. Die „europäischen Nationen“, angeführt von den USA, haben nun versucht, erneut in Alexanders Fußstapfen zu treten und den gordischen Knoten Kosova mit Bomben zu lösen, um Demokratie, wie sie sie verstehen, auf dem Balkan einzuführen und diesen insgesamt in die Europäische Union zu integrieren. Was haben sie erreicht?

Systematische Zerstörung eines Landes

Was kann man erreichen, wenn man den Teufel mit Beelzebub austreiben will? Wenn man also Frieden schaffen will, indem man einen Krieg vom Zaun bricht? Unter der Vorgabe, Kosova bei der Bundesrepublik Jugoslawien zu halten, haben sie die Bundesrepublik Jugoslawien bekriegt. Und

nach einem 77tägigen Bombardement, in dessen Verlauf nahezu die gesamte Industrie Jugoslawiens (Erdölraffinerien, chemische Fabriken, Zigarettenfabriken, Bergwerke) zerbombt wurde, wobei z.B. die Wohngebiete der Bergbaustadt Aleksovac in Schutt und Asche gelegt, die vor allem von Kroaten und Ungarn bewohnten Viertel der Stadt Subotica in der Vojvodina bombardiert und sämtliche Brücken der Dortmunder Patenstadt Novi Sad (in der Milosevic bei den letzten Wahlen übrigens gerade mal 7 % der Stimmen bekommen hatte) zerstört wurden, fielen sie wie die Hyänen über die Leiche Kosova her, um sie zu zerstückeln.

Inbesitznahme der Beute

Besonders eilig hatten es die Russen, die als erste mit ihren Panzern, auf denen von Hand die Buchstaben „KFOR“ (= Kosovo Forces) aufgemalt waren, die Erzbergbaugebiete im Nordosten bis zum Flughafen von Prishtina besetzten und sich von der dortigen serbischen Bevölkerung wie Retter bejubeln ließen, ehe sie ihr Einmarschgebiet großenteils wieder räumen und den ihnen militärtechnisch hoch überlegenen USA und Großbritannien abtreten mußten. Auch die Bundeswehrsoldaten, die von Tetovo (Makedonien) aus in Kosova einrückten, ließen sich als Befreier bejubeln. „Blumen, überall Blumen. Gelbe, rote, weiße - wo kommen die nur alle her am Tage eins nach dem Krieg? Enrico Liedert, 23, Obergefreiter des Gebirgsjäger-Bataillons Schneeberg, hat Mühe, sich

an diesem Sonntagvormittag auf sein Maschinengewehr zu konzentrieren, das furchterregend aus dem Schützenpanzer Luchs ragt. Die grünbraune Tarnfarbe verschwindet unter dem bunten Bouquet, und die hartnäckigsten Angreifer sind Kinder, die kreischend das Ungetüm zu entern versuchen, wie ein lange vermißtes Spielzeug. (...) 'I love Deuchland Army', verkündet drollig ein Plakat, und 'Freedom' ein anderes; auch ein paar schwarzrotgoldene Bänder sind (...) übriggeblieben. 'Wir haben gehofft, daß die Deutschen kommen', sagt Feta Mustafa, 65. Er faltet die Hände, und die Augen werden feucht. (...) 'NATO, NATO!' brüllt der Chor aus tausend Seelen. Als (...) die ersten Leoparden mit den Namen 'Battle Cat' und 'Slat Eric' ihre Ketten in den Asphalt von Prizren treiben, drücken ihnen viele Münder dicke Küsse auf die stählerne Haut.“ (Dieser schwülstige Text ist nicht etwa der BILD-Zeitung entnommen, so steht es in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Juni.)

Kosova, das angeblich im jugoslawischen Staatsverband verbleiben sollte, haben die NATO-Imperialisten faktisch daraus herausgelöst und unter sich in fünf Besatzungszonen aufgeteilt - drei angrenzend an Serbien: eine US-amerikanische im Nordosten (Hauptsitz Gnjilane), eine britische westlich davon (Hauptsitz ist die Hauptstadt von Kosova, Prishtina), eine französische im Nordwesten (Hauptsitz Kosovska Mitrovica), zwei angrenzend an Albanien: eine italienische im Südwesten (Hauptsitz Pec)

und eine deutsche im Südosten (Hauptsitz Prizren), angrenzend auch an Makedonien; in drei dieser Zonen wurden jeweils noch kleinere Besatzungszonen denen eingeräumt, ohne deren Nachgeben und beschwichtigendes Einreden auf die jugoslawische Regierung sie ihren Frieden nicht zustandegekriegt hätten, den Russen, die den Flughafen von Prishtina noch vor den Briten in Beschlag nahmen und sich so - nach dem Motte: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, ein Stück davon ergatterten. Ihnen werden Kontingente in der amerikanischen, britischen und deutschen Besatzungszone eingeräumt.

nur, wer unverdächtig ist. Das aber entscheiden nicht die Befreier, die, schon aus Eigensicherungsgründen, die Bewegungen der Menschen dort mit viel bürokratischem Aufwand kontrollieren müssen, auch wenn ihnen das deren Unmut einbringt. Das befreite Kosova wird also behandelt wie nach 1945 das besiegte Deutschland, das damals die Alliierten vom Faschismus und Militarismus ein für allemal zu befreien angetreten waren. Und auch den kosovarischen Waffenträgern der Kosova-Befreiungsarmee UCK, die von der NATO, solange diese bombte, scheinbar in ihrem Tun unterstützt wurde,

Geschichte immer wieder zuerst als Beschützer in Erscheinung. Sie leihen ihren Schützlingen ihren starken Arm, sie helfen ihnen, lassen aber nicht zu, daß diese sich selbst zu helfen suchen. Und die Bundeswehr entdeckt Massengräber über Massengräber, oft sind es Uniformierte, die darin liegen - seien es erschossene UCK-Leute, seien es erschossene Polizisten oder Soldaten der jugoslawische Armee. Aber auch zahlreiche Zivilisten werden gefunden. In einem Massengrab sogar an die hundert. Bei Djakovica. War das nicht die Stelle, wo die NATO ein paar Wochen zuvor einen Flüchtlingstreck bombardiert hatte, wobei 85 Menschen umkamen? Vorerst einmal werden auch diese Leichenberge Milosevic zugeschrieben. Später wird man das ja vielleicht mal korrigieren, in einer kleinen Randnotiz.

Natürlich wütet jetzt die albanische Soldateska. Sie übt - wie es in hiesigen Medien heißt - blutige Rache. Und da trifft es unterschiedslos Serben, Roma und Goranci (moslemische Serben), soweit sie nicht geflohen sind. Und die Besatzer zeigen sich scheinbar hilflos, als die Klöster brennen und die Nonnen vergewaltigt werden.

Immerhin ist die UCK im Windschatten der Bundeswehr erneut ins Land eingerückt und hat sich sogleich als Polizei etabliert. Es gehe nicht um ihre Entwaffnung (wie es noch im Text für das Rambouillet-„Abkommen“ geheißen hatte), sondern um ihre Entmilitarisierung. Sie solle als politische Kraft die kosovarische Bevölkerung



Zerstörte Brücke bei Grdelica

Folgen der „Befreiung“ für die „Befreiten“

Der so ausgehandelte Friede hat etwas mit Einfriedung zu tun: Von einer Besatzungszone in die andere kommt man nur mit einem Passierschein, und den bekommt

soll jetzt gezeigt werden, wer der Herr im Hause ist.

Und die NATO-gestützten KFOR tun das mit dem Argument, die im Lande noch wohnhaften Serben vor albanischer Rache schützen zu müssen. Herren traten in der

repräsentieren.

Aber auch zwei deutsche Journalisten müssen ihr Leben lassen - zusammen mit ihrem albanischen Dolmetscher werden sie Opfer von UCK-Scharfschützen. Für die Besatzungsmacht ist damit klar: Hier muß durchgegriffen werden. Alleiniger Waffenträger muß die Besatzungsmacht sein - später wird eingeschränkt, soweit es sich um schwere Waffen handle. Doch über solche hat die UCK nie verfügt.

Im Klartext heißt das: Das kosovarische Volk (das in seiner großen Mehrheit ein Teil des albanischen Volkes ist) darf nicht über sich selbst bestimmen. Es soll nicht so gehen wie in Bosnien, wo nach dem Dayton-Abkommen an Hand der Statistik festgestellt wurde, wer wo wohnen darf: Hatte eine Ortschaft 55 % Serben und 45 % Bosnier, so mußten letztere sich eine neue Heimat suchen, und taten sie dies nicht freiwillig, so machten ihnen die Paramilitärs Beine.

In Kosova soll es anders laufen, aber läßt sich das auch verwirklichen? *„Offen sprach der CDU-Politiker Lamers (...) die Erwartung aus (...), daß die 200.000 Serben, die bisher im Kosovo gelebt hatten, ihre Heimat verlassen würden. Lamers machte auch deutlich, daß er die Verwirklichung des Teils des Friedensplanes, der eine multi-ethnische Bevölkerung des Kosovo und seinen Verbleib im jugoslawischen Staatsverband vorsieht, für unrealistisch hält.“* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juni)

Aber: Nachdem die NATO

Kosova mehr oder minder unbewohnbar gebombt hat, muß sie nun wieder die Rolle der edlen Ritter spielen, und da darf es keinen geben, der edler wäre als sie selbst. So sterben denn auch NATO-KFOR-Soldaten beim Wegräumen von NATO-Bomben, die bis dahin noch nicht hochgegangen sind. Und dieses Wegräumprogramm kann - ältere Menschen in Deutschland wissen es noch aus eigener Erfahrung - Jahrzehnte dauern, zumal das NATO-Bombardement in der kurzen Zeit von etwa zweieinhalb Monaten im Verhältnis zum Bombenhagel damals auf Nazideutschland um einiges dichter war und zahlreiche Bomben nicht die auf den Abwurfkarten vorgegebenen Ziele erreichten, sondern weiter verstreut wurden (bekanntlich trafen einige sogar Sofija, die Hauptstadt Bulgariens, und die lag immerhin rund 50 km von der Grenze zu Jugoslawien entfernt); auch heute noch findet man hierzulande bei Bauarbeiten ja immer wieder mal einen Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg. Und dann gibt es da noch das Minenräumprojekt - die jugoslawische Armee gab der NATO zwar Karten, wo überall sie ihre Minen verborgen hat, das aber heißt noch lange nicht, daß das alle Minen sind. Die Paramilitärs haben welche gelegt, die Polizei hat welche gelegt...

Zudem wollen die auf ihre Subsistenzwirtschaft angewiesenen Bauern auch ernten, was sie im Jahr zuvor gesät haben, denn EG-Ausfallprämien bekommen sie nicht. So werden einmal

mehr die spielenden Kinder oder die pflügenden Bauern und ihre Tiere oder Traktoren die Opfer sein, eine Realität, die den Erlebnishorizont der dort lebenden Menschen noch auf Jahrzehnte prägen wird. Einen Horizont, eingengt durch mühsame Bewegung von Ort zu Ort je nach dem Zustand der Brücken und Fahrwege, durch die kurz- und langfristigen Folgen der Umweltvergiftung als Ergebnis von in Brand geschossenen Raffinerien und chemischen Betrieben, von der Grundwasserverseuchung durch das abgereicherte Uran gar nicht erst zu reden. Besonders verseuchte Gebiete müssen der Bevölkerung versperrt werden. Ob sie auch vorerst einmal „die Schnauze voll haben“ vom Krieg? Immerhin: Sie sollen ins Aufbauprogramm der G7-Marshallplaner einbezogen werden, worauf die serbische Bevölkerung weiter nördlich wohl noch wird warten dürfen, bis sie ihren seinerzeit mit knapper Mehrheit gewählten Präsidenten dem Tribunal der Sieger zum Opfer bringt. Nicht daß er es nicht verdient hätte, das braucht man den meisten Serben wohl nicht erst zu sagen; gedemütigt werden - durch seine Preisgabe - aber sollen sie. Sie sollen vor der NATO und ihren politischen Repräsentanten zu Kreuze kriechen und so zu den Schuldigen des Krieges erklärt werden, den sie nicht angefangen, wohl aber angesichts der Mächtekonstellation heraufbeschworen hatten.

Zur Geschichte der UCK
Der Unterdrückung der alba-

nischen Mehrheit der Bevölkerung von Kosova durch den jugoslawischen Staat war lange Zeit in erster Linie der friedliche Widerstand entgegengesetzt worden, der durch die Demokratische Liga von Kosova (LDK) mit dem Präsidenten der illegalen Republik Kosova, Ibrahim Rugova, an der Spitze repräsentiert wurde. Internationale Anerkennung fand die 1989 mit großer Mehrheit der Kosovaren aus dem Untergrund aufgebaute Republik Kosova nicht, nur die Regierung in Tirana erkannte sie an. In den 80er Jahren war insbesondere von Anhängern Enver Hoxhas versucht worden, zunächst aus dem türkischen Exil heraus eine Bewegung für die Albanische Republik Kosova (LRSHJ) zu errichten (1982), die sich 1985 in Bewegung für die Volksrepublik Kosova (LRPK) umbenannte. Ihre Existenz wurde zunächst durch Morde an ihren Führern durch den jugoslawischen Geheimdienst bzw. durch die Ermordung von jugoslawischen Geheimdienstleuten durch die Untergrundkämpfer dokumentiert. Im Zeitraum 1982 bis 1984 or-

ganisierten diese außerdem zahlreiche Bombenanschläge in Prishtina. Ihr Erfolg unter der kosovarischen Bevölkerung läßt sich bereits damals daran messen, daß die jugoslawischen Behörden im Zeitraum 1982 bis 1989 rund 12.000 Kosovaren verhafteten, denen vorgeworfen wurde, einer der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Gruppen anzugehören, aus denen sich die LRSHJ bzw. LRPK zusammensetzte. Ihre Aktionen, die eine Reaktion auf die Unterdrückung der albanischen Kosovaren durch die jugoslawische Regierung waren, wurden insbesondere von der serbischen Regierung unter Slobodan Milosevic zur Rechtfertigung verschärfter Unterdrückungsmaßnahmen und der Aufhebung des Autonomie-Status der serbischen Provinz Kosovo i Metohija benutzt. 1992 wurde die LRPK in UCK (Kosova-Befreiungsfront) umbenannt. Die auf friedlichen Widerstand orientierten Anhänger Rugovas nutzten ihrerseits die Propaganda des Milosevic-Regimes, indem sie erklärten, die Untergrundkämpfer seien nichts ande-

res als eine Spezialabteilung des serbischen Geheimdienstes. Die UCK jedoch nutzte das unter den Albanern in Kosova herrschende Clansystem, um in Verhandlungen mit den Clanführern die Notwendigkeit der bewaffneten Auseinandersetzung zu verbreiten und sich die für ihren Aufbau im Lande notwendige Unterstützung zu verschaffen. Auch unter den im Exil lebenden albanischen Kosovaren wurden Gelder eingetrieben und Kämpfer rekrutiert. In den Methoden war man dabei wenig wählerisch und bediente sich skrupellos auch des Heroinhandels in Europa, von dem kosovarische Albaner rund 15 % kontrollieren.

Trainiert wurden die ersten UCK-Kämpfer von albanischsprechenden ehemaligen Offizieren der jugoslawischen Armee und Polizei, die 1991/1992 desertiert und auf die Seite der Armeen Sloweniens bzw. Kroatiens übergegangen waren. Trainingscamps stellte ihnen der ehemalige Präsident von Albanien, Sali Berisha, seit 1997 in Nordalbanien (im Miridita-Gebirge) zur Verfügung. Depots mit Nahrungs-

Anzeige

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
 45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
 Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



*Partner der
 Büchergilde*

BUCHLADEN
 TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
 ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
 MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
 Öffnungzeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literalkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstag Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

mitteln, Medikamenten und Waffen errichtete die UCK heimlich auch in zahlreichen Dörfern von Westmakedonien, in denen eine albanische Mehrheit lebt. Spezialkräfte der Bundeswehr belieferten die UCK mit Waffen und Kommunikationstechnik aus Stasi-Beständen und erteilten ihren Kämpfern operative Ausbildung. (Zu all diesen und weiteren Daten vgl. „Die UCK - eine militärische Karriere“, von Christophe Chiclet, übersetzt von Eliane Passet, in: Le Monde Diplomatique, 20.05.1999).

Die Volkserhebung gegen Berisha 1997 nutzte die UCK, um Waffenlager der albanischen Armee zu plündern. Bei all diesen Waffen handelte es sich allerdings um veraltete Fabrikate, und so versuchten UCK-Kräfte insbesondere über Kontakte mit der kosovarischen Heroinmafia, an Geld zu kommen, um sich modernere Waffen zuzulegen. Im Februar 1998 glaubte die UCK endlich, stark genug zu sein, um den Aufstand in Kosova (in der Region Drenica) zu beginnen. Um der angesehenen Persönlichkeit Ibrahim Rugovas etwas entgegenzusetzen, sicherten sie sich die Unterstützung durch bekannte Vorkämpfer der Idee einer albanischen Volksrepublik wie Adem Demaci und Rexhep Qosja. Der Aufstand, in dessen Verlauf die UCK zunächst etwa ein Drittel von Kosova besetzt hatte, endete für sie in einem Desaster. Bis zum 13. Juni 1998, als es dem US-Chefunterhändler Richard Holbrooke gelang, Milosevic zu einem Waffenstillstand zu überreden, waren rund 800

ihrer Kämpfer gefallen und 150.000 Kosovaren vertrieben worden. Eine Zeitlang war die UCK gespalten, was sich insbesondere bei der Konferenz von Rambouillet zeigte. Die Unterschrift unter den Vertragstext bewirkte, daß sich alte Vorkämpfer für die nationale Befreiung Kosovos vom serbischen Joch wie Demaci und seine Anhänger von ihr trennten, während der in hiesigen Medien als politisch links eingestufte Hashem Thaqi an ihre Spitze rückte, der die Vereinigung von Kosova mit Albanien anstrebt. Der Slogan: „Die Unabhängigkeit von Kosova kommt - aber nur aus den Gewehrläufen!“ bekam damit eine großalbanische Interpretation und konnte auch Leute wie den Ministerpräsidenten der Schattenrepublik Kosova, Bujar Bukoshi, und dessen Flügel in der LDK einbeziehen. Ein Vorgang, der die UCK, die bis dahin noch politisch relativ offen war, eindeutig in einer nationalistischen Richtung festlegt. Unter Thaqis Führung produziert die UCK die Flüchtlingsströme nach Serbien, die das Milosevic-Regime dort zum Einsturz bringen könnten. Die von der NATO bei ihrem Angriff auf Jugoslawien als Mittel genutzte UCK führt damit die offizielle Begründung für die NATO-Intervention, die die Vertreibungspolitik von Milosevic an den Pranger gestellt hatte, ad absurdum.

Ein größerer Zusammenhang...

Der Konflikt um das Gebiet Kosova stellt den Testfall für die Selbstermächtigung der

NATO dar. Dem wochenlangen Luftkrieg waren bereits seit dem 16.06.1998 Luftmanöver der NATO über Kosova vorausgegangen, bei denen dort jeder Flecken Erde bereits vor Beginn des Bombenkrieges erkundet worden war, Luftmanöver, die damals damit begründet wurden, daß Jugoslawien seine paramilitärischen Einheiten aus dem Gebiet nicht abgezogen hatte, die dort offiziell gegen die UCK kämpften. Da z.B. Eisenbahnbrücken oder Stromversorgungsleitungen auch militärisch genutzt werden können, wurden auch sie zu „militärischen Zielen“ deklariert und in großem Umfang zerstört. Zu militärischen Zielen können da auch etwa das Fernsehzentrum in Belgrad oder die chinesische Botschaft werden, ersteres als Propaganda-Instrument des Milosevic-Regimes, bei letzterem „entschuldigt“ man sich artig vor der Weltöffentlichkeit und bei den Chinesen: Man habe sich auf Karten gestützt, denen zufolge es sich um ein serbisches Waffenlager gehandelt habe. Das sei ein Fehler des US-Geheimdienstes CIA gewesen. Getestet werden sollte wohl, wie die chinesische Regierung auf eine solche Argumentation politisch reagierte. Wie weit sie einer solchen Bombardierung z.B. Verständnis entgegengebracht hätte, wenn es sich tatsächlich um ein serbisches Waffenlager gehandelt hätte, wie weit die NATO hier also mit stillem imperialistischen Einvernehmen rechnen kann. Der Konflikttherd Jugoslawien liegt ja weit außerhalb des chinesi-

schen Interessengebietes. Neben Kosova soll dort nicht nur das ebenfalls bombardierte Montenegro ein von Jugoslawien getrennter Kleinstaat werden, den man mit Zuckerbrot und Peitsche in die Europäische Union integriert. Wenn in Subotica ein ungarisches Stadtviertel bombardiert wurde, so steht auch hier bereits der psychologische Krieg in Richtung eines weiteren Kleinstaates Pate. Wie die FAZ (vom 12.06.99) weiß, entwickelt sich „in Ungarn (...) eine zunehmend lebhaftere Debatte über die Zukunft der nordserbischen Provinz Vojvodina (...) Jetzt hat erstmals ein ranghoher Koalitionspartner den Gedanken an eine Unabhängigkeit der Vojvodina von Serbien geäußert. Er könne sich vorstellen, daß die Vojvodina wie das Kosovo zu einem kleinen unabhängigen Staat wird.“

Schließlich müssen die vor

gen werden könnten. Denn die „europäische Einigung ist letztlich eine Frage von Krieg und Frieden.“ (Helmut Kohl sagte es, bevor er das Feld anderen überlassen mußte.) Kleinstaaten lassen sich dabei von der Vormacht des vereinigten Europa besser durchdringen als größere, schwierig zu entwirrende Territorien.

Ganz im Sinne einer „europäischen Einigung“ wird „der Einsatz militärischer Kräfte der NATO in Kosovo (...) ohne Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat und aufgrund eines Mandates, das sich die NATO auf Basis einer von ihr definierten Unsicherheitslage und dabei zu treffender militärischer Maßnahmen selbst erteilt, (...) als Präzedenzfall für mögliche zukünftige Einsätze im unmittelbaren Vorfeld Rußlands gewertet, etwa im Kaukasus unter Nutzung ethnischer Konflikte



Beginn des NATO-Überfalls auf Jugoslawien in eben diese NATO aufgenommenen Ungarn fürsorglich daran denken, daß andernfalls ihre Volksgenossen auf der serbischen Seite nicht ins G7-Aufbauprogramm einbezo-

und zwischenstaatlicher Querelen, wo in der Auseinandersetzung um die Erdölressourcen in der Kaspischen Region und den Nießbrauch bzw. die Verlegung von Pipelines ein heftiger Konkurrenzkampf zwi-

schen westlichen und russischen Ölkonzernen bzw. Washington und Moskau im Kontext strategischer Interessen entbrannt ist.“

(Konfliktmanagement durch militärische Intervention, Hrsg.: Bundeswehrhochschule, August 1998)

Ausblick

Ein nächster Kriegsschauplatz für die NATO in Europa ist also schon vorprogrammiert: die Gebiete um Nagornyj Karabach und Tschetschenien.

Die Kriegstreiber können hier propagandistisch auf noch weitaus verheerendere Völkermordverbrechen hinweisen als in Jugoslawien und erforderlichenfalls dabei noch ein wenig nachhelfen.

Hohe Militärs der USA haben sich bereits während des Bombardements von Jugoslawien vor Ort begeben, um die Lage für ein mögliches Eingreifen zu erkunden und in dem Gewirr von Widersprüchen eventuelle Bündnispartner unter den zahlreichen Kaukasusvölkern zu ermitteln, deren Opferrolle man, wenn es so weit ist, beredt in der solidaritätsherrschenden Kriegsbegleitmusik der Medien ausbreiten kann.

Es geht um die womöglich reichsten Erdöl- und Erdgasvorkommen der Welt - im Kaspischen Meer.

Potentielle Gegner wären dabei Rußland und China.

Klaus Dillmann

DIE VERTREIBUNG DER ALBANER

von Professor Dr. Vasa Cubrilovic

Dieses, schon vor Jahren bekannt gewordene Dokument, zeigt die Pläne zur systematischen Vertreibung der Albaner aus dem heutigen Gebiet von Kosova auf. Akribisch genau wird die Vorgehensweise erläutert. Es ist nur ein Dokument von vielen, das die Idee eines "Albaner-freien Jugoslawien" belegt.

Denkschrift, vorgelegt am 7. März 1937 in Belgrad

(Archiv der ehemaligen jugoslawischen Armee; das Dokument ist als "Vertraulich" bezeichnet unter dem Verweis "Nr. 2, Ordner 4, Kiste 69")

*V. Cubrilovic, * 1897, Akademiemitglied Jugoslawiens, ehemaliger politischer Berater in der königlichen Regierung. 1914 Mitglied der serbischen nationalistischen Organisation "Neues Bosnien". Diplom an der Universität Belgrad, ab 1930 dort als Professor an der Philosophischen Fakultät tätig. Nach dem 2. Weltkrieg war C. Minister in verschiedenen Ressorts der Regierung der SFRJ, Mitglied der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Sekretär der Wissenschaftlichen Abteilung dieser Akademie, Mitglied des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. 1970 Direktor des Balkanologischen Instituts in Belgrad.*

Am 7. März 1937 legte er in Belgrad der königlichen Regierung von Stojadinovic seine Denkschrift über die "Vertreibung der Arnauten (Albaner)" vor.

DIE VERTREIBUNG DER ALBANER

Das Albanerproblem in unserem nationalen und staatlichen Leben besteht nicht erst seit gestern. Es hat im Mittelalter bereits eine große Rolle gespielt, nahm jedoch gegen Ende des 17. Jahrhunderts entscheidend an Bedeutung zu, als die Serben aus den alten ehemaligen Gebieten von Raska in Massen Richtung Norden zogen, während die albanischen Bergbewohner gerade in ihr Land kamen. Sie stiegen allmählich aus ihren Bergen herunter und ließen sich in den fruchtbaren Ebenen von Metohija und Kosovo nieder, und dehnten sich nach Norden vordringend in Richtung Süd- und Nordwest aus. Durchquerten die Sar Planina Richtung Polog und stiegen von dort, auf Vardar zugehend, herunter. Auf diese Weise wurde bis Mitte des 19. Jahrhunderts das albanische Dreieck geschaffen, das sich auf die eigene Basis Debar-Rogozna und das eigene ethnische Hinterland stützend, bis nach Nis hinzog und unsere angestammten Gebiete in Raska von Mazedonien und dem Vadar-Tal abtrennte.

Dieser albanische, von albanischen anarchistischen Elementen bevölkerte Keil, vereitelte im 19. Jahrhundert jede Art von festen Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren nördlichen und südlichen Gebieten. Das war der Hauptgrund, dass Serbien bis 1878, als es über Vranje und die Crna Gora bei Skopje ständige Verbindungen mit Mazedonien herstellen und aufrecht halten konnte, und nicht über jenen kulturellen und politischen Einfluss zu verfügen vermochte, den man angesichts der günstigen geographischen Verkehrsverbindungen und der historischen Traditionen in diesen Gegenden eigentlich erwartet hatte. Obwohl die Bulgaren ihr staatliches Leben später als die Serben begannen, waren sie am Anfang erfolgreicher. Das war der Grund, dass es von Widin im Norden bis herunter nach Ohrid im Süden von Südslawen ständig bewohnte Städte gab. Diesen albanischen Keil begann Serbien schon im ersten Aufstand zu zersetzen, indem es die nördlichsten albanischen Bewohner, von Jagodina ausgehend, verjagte.

Dank der breiten Staatskonzepte von Jowan Ristic trennte Serbiens nach dem Anschluss von

Toplica und Kosanica auch einen Teil von diesem Keil los. Damals waren die Gebiete von Jastrebac bis Südmorava radikal von Albanern gesäubert worden.

Den übrigen Teil des albanischen Dreiecks zu zerschlagen, war seit 1918 Aufgabe unseres heutigen Staates. Er tat es nicht. Es gibt einige Gründe dafür, doch werden wir nur auf die wichtigsten eingehen.

1. Der Grundfehler der kompetenten Behörden jener Zeit bestand darin, dass sie die Lösung der großen ethnischen Fragen auf dem blutigen und aufgewühlten Balkan vergessend, wo sie sich befanden, durch westliche Methoden erreichen wollten. Die Türkei brachte aus Sheriat entlehnte Sitten auf den Balkan, deren zufolge durch den Sieg im Krieg und die Eroberung eines Landes das Recht auf Leben und Eigentum der unterworfenen Staatsbürger erlangt wird. Von den Türken lernten auch die balkanischen Christen, dass man mit dem Schwert nicht nur Macht und Herrschaft, sondern auch Haus und Eigentum gewinnt oder verliert. Dieses Konzept, das mit den Verhältnissen des Privatrechts auf Boden auf dem Balkan zusammenhängt, bot die Möglichkeit in sich, durch internationale Gesetze, Anordnungen und Vereinbarungen, die unter dem Druck Europas hervorgebracht wurden, bis zu einem gewissen Grade entschärft zu werden. Doch noch bis in unsere Tage ist dieses Konzept gewissermaßen der Haupthebel der Türken und der Balkanstaaten gewesen. Wir brauchen gar nicht die entfernte Vergangenheit in Betracht zu ziehen. Wir wollen lediglich einige Fälle aus jüngeren Tagen erwähnen: Die Umsiedlung der Griechen von Kleinasien nach Griechenland, der Türken von Griechenland nach Kleinasien, die letzte Umsiedlung der Türken aus Bulgarien und Rumänien in die Türkei. Während alle Balkanländer seit 1912 die Frage der nationalen Minderheiten durch Umsiedlung entweder gelöst haben oder im Begriff stehen zu lösen, sind wir bei den langsamen und trägen Methoden der schrittweisen Kolonisation geblieben. Ihre Ergebnisse waren negativ. Dass dem so ist, davon zeugen bestens die Statistiken der 18 Bezirke, die das albanische Dreieck ausmachen. Aus den statistischen Angaben geht hervor, dass der natürliche Zuwachs der Albaner in jenen Gegenden größer ist als die Gesamtzahl unseres natürlichen Zuwachses zusammen mit den Kolonisten (von 1921 bis 1931 vermehrten sich die Albaner um 68.060, während sich die Serben um 58.743 vermehrt hatten; die Differenz beträgt 9315 zugunsten der Albaner). Wenn man den wilden Charakter und den ausgeprägten Zuwachs der Albaner sowie die immer schwierigeren Bedingungen der Kolonisation nach den alten Methoden berücksichtigt, wird dieses Mißverhältnis mit der Zeit immer größer werden; am Ende wird es auch die bescheidenen Kolonisationserfolge, die wir seit 1918 bis heute erreicht haben, in Frage stellen.

2. Selbst die Methode der schrittweisen Kolonisation wurde nicht im erforderlichen Maße durchgeführt. Das Schlechteste dabei ist, dass es für ein dermaßen wichtiges Problem keinen festgelegten Staatsplan gab, der für jede Regierung und jedes Regime verbindlich gewesen wäre. Man arbeitete stückweise, in den Tag hinein. jeder Minister zerstörte das, was sein Vorgänger geleistet hatte, wobei auch er selbst nichts Solides zustande brachte. Man änderte Gesetze und Verordnungen, doch wurden sie, so schwach sie auch waren, nicht einmal umgesetzt. Einige Leute, insbesondere Abgeordnete, gesetzt den Fall, sie kämen aus anderen Bezirken, gingen hinunter in den Süden, wenn es ihnen nicht gelang, ein Mandat für ihren eigenen Bezirk zu erobern, und schmeichelten, die großen nationalen und staatlichen Interessen auf diese Weise opfernd, den nicht nationalen Elementen, um ein Mandat zu erobern. Der Kolonisationsapparat war ungeheuer kostspielig, aufgebläht und voller Leute, die nicht nur unfähig, sondern häufig auch skrupellos waren, so dass ihre Arbeit in Wirklichkeit eine besondere Frage darstellte. Man sollte ruhig einmal die großen Geldsummen zusammenrechnen, die dieser Staat in die Kolonisation investierte, und sie auf die Anzahl der kolonisierten Familien umrechnen, um zu sehen, wie teuer jedes nach dem Krieg errichtete Haus

war, ohne die Frage zu berücksichtigen, ob sie von den Kolonisten oder vom Staat gebaut wurden. Ebenso interessant wäre es, die Proportionen zwischen den Privatausgaben und den für unsere Kolonisation verausgabten Materialien in Betracht zu ziehen. Früher jedenfalls hat Serbien dieses Problem anders gelöst.

Während des ersten Aufstandes verfügten Karageorg, Milo, Mihailo, Jovan Ristic über kein besonderes Agrar-Reformministerium, weder über Agrargeneralinspektoren noch über einen teuren Apparat. Trotzdem säuberten sie Serbien von fremden Elementen, bevölkerten es mit eigenen Bewohnern, rodeten die endlosen Wälder der Sumadija und machten aus der einstmaligen wilden Gegend die heutige fruchtbare Sumadija.

3. Auch die mehrere Tausend zählenden Familien, die sich nach dem Krieg niedergelassen haben, schlugen an den neuen Orten keine Wurzeln. In Kosovo gab es mehr Erfolg, insbesondere im Labi-Tal, wo die Toplicaner selbst von Norden nach Süden vordrangen. Hier wurden die ältesten und stabilsten Kolonien mit vermischten Elementen aus unseren verschiedenen Gebieten gegründet. In Drenica und Metohija gab es dagegen keine Erfolge. Die Kolonisierung darf niemals nur mit Montenegrinern durchgeführt werden. Wir glauben nicht, dass sie wegen ihrer, den Hirten eigenen Trägheit, etwa ein schlechtes Kolonisationselement wären. Diese Trägheit tritt nur in der ersten Generation auf. Die zweite Generation ist ganz anders, sie ist aktiver und praktischer. Petrovo Selo in Miroc an der Donau, das fortgeschrittenste Dorf in Krajina, ist nur von Montenegrinern bewohnt. Und heute kann man in Serbien Tausende fortgeschrittene Wirtschaften finden, insbesondere in Toplica und Kosanica, die die mit den fortgeschrittenen Elementen vermischten Montenegriner der ersten Stunde geschaffen haben. Das gilt insbesondere für Metohija, wo das direkte sich Stützen auf die alten Städte die Möglichkeit schuf, die alten Sitten und Gebräuche zu bewahren. Es genügt, nach Pec zu gehen, einen Blick in die Kaffehäuser zu werfen, um sich davon zu überzeugen. Deshalb hatte die Kolonisation in ganz Metohija wenig Erfolg. Man muss zugeben, dass sich diese Kolonien schlecht eingerichtet hatten, auf unfruchtbarem, von Gestrüpp gerodetem Boden und fast gänzlich ohne die erforderlichen landwirtschaftlichen Geräte. Doch gerade sie hätte man mehr unterstützen müssen als andere, da sie mit dem ärmsten montenegrinischen Element kolonisiert sind.

4. Der Hauptgrund des Misserfolgs unserer Kolonisation in diesen Gebieten war zweifellos die Tatsache, dass der beste Boden in den Händen der Albaner blieb. Der einzig mögliche Weg der Massenkolonisation unseres Elements in diesen Gebieten hätte darin bestanden, den Albanern den Boden wegzunehmen. Nach dem Krieg, in der Zeit der Rebellion und der Aktionen der Komitaschis wäre das leicht zu realisieren gewesen, wenn man einen Teil der Albaner nach Albanien verjagt hätte, wenn man die von ihnen geraubten Weiden nicht legitimiert, sondern gekauft hätte. Erneut sehen wir uns veranlasst, an dieser Stelle zu dem groben Fehler unseres Nachkriegskonzepts über das Bodenrecht zurückzukommen. Anstatt das eigene Konzept der Albaner hinsichtlich des von ihnen geraubten Bodens auszunutzen, kam es vor, dass sie über einen Grundbuchauszug aus der Türkei verfügten. Und wenn, ohnehin nur für gekauften Boden, legitimierten wir den ganzen Bodenraub nicht nur zu unserem nationalen und staatlichen Schaden, wir brachten den Albanern auch, was noch schlimmer ist, die Ideen Westeuropas über den Besitz von Privateigentum bei. Vorher hatten sie keine Ahnung von diesen Ideen. Auf diese Weise gaben wir selbst ihnen diese Waffe in die Hand, mit der sie sich verteidigen werden. Und sie werden die besten Böden behalten und uns die Nationalisierung eines der wichtigsten Gebiete zu unseren Gunsten unmöglich machen.

Aus allem, was oben gesagt wurde, geht hervor, dass die bisherigen Methoden unserer Kolo-

nisationspolitik im Süden nicht jene Ergebnisse gezeigt haben, die eigentlich erreicht werden müssten und die sich uns nunmehr als großes staatliches Erfordernis aufzwingen. Diese Methoden haben wir nicht um der Kritik willen kritisiert, sondern vielmehr deshalb, um auf den Grundlagen der Erfahrung die richtigen Wege zur Lösung dieser Fragen zu finden.

Probleme der Kolonisation der südlichen Gebiete

Wenn man den ersten Teil dieser Arbeit durchliest, stellt man sogleich fest, dass im Rahmen der Erörterung der Kolonisationsfragen hinsichtlich der Südregion die Rede hauptsächlich auf jene Gebiete kommt, die nördlich und südlich der Sar Planina liegen. Das ist kein Zufall. Dieser albanische Block rund um die Sar Planina hat große national-staatliche und strategische Bedeutung für unseren Staat. Wir haben bereits auf die Entstehungsart und die Bedeutung fester Verbindungen zwischen den Gebieten rund um das Vadar-Tal und unseren alten Gebieten hingewiesen. Die größte Kraft der serbischen Expansion hat sich seit der Entstehung des ersten serbischen Staates und später schon seit dem 9. Jahrhundert stets auf die Kontinuität dieser Expansion gestützt sowie auf die Expansion der alten Gebiete Rakas in alle Richtungen, also auch nach Süden. Doch diese Kontinuität wurde von den Albanern unterbrochen; solange die alte kontinuierliche Verbindung zwischen Serbien, Montenegro und Makedonien nicht wiederhergestellt ist, und zwar vom Drin bis zur Südmorava, können wir des Besitzes dieses Gebietes nicht sicher sein. Vom ethnischen Standpunkt aus werden sich die Makedonier uns nur dann vollständig annähern, wenn sie eine wahre ethnische Unterstützung im serbischen Mutterland haben, die es bis heute nicht gibt. Sie werden sie nur durch die Zerschlagung des albanischen Blocks gewinnen können. Der albanische Block nimmt vom militärisch-strategischen Standpunkt aus eine der bedeutendsten Positionen in unserem Land ein, wo die balkanischen Flüsse Richtung Adria, Schwarzes Meer und Ägäis ihren Ausgangspunkt haben. Das Bewahren dieser strategischen Position entscheidet in hohem Maße über das Schicksal des Zentralbalkan, insbesondere über das Schicksal der wichtigsten balkanischen Verkehrsverbindung Morava-Vadar. Es ist kein Zufall, dass die Entscheidungsschlachten über das Schicksal des Balkan häufig hier stattgefunden haben (Nemajiden gegen Griechen, Serben gegen Türken 1389, Ungarn gegen Türken 1446). Im 20. Jahrhundert wird man nur jenes Land sichern können, das vom eigenen autochthonen Volk bewohnt wird. Deshalb ist es eine dringende Aufgabe für uns alle, diese dermaßen wichtigen strategischen Positionen keinesfalls aufzugeben, es auf keinen Fall dem fremden und feindlichen Element zu überlassen. Erst recht, solange dieses Element die Unterstützung eines Nationalstaates desselben Stammes genießt. Dieser Staat ist vorläufig ohnmächtig, doch auch als solcher ist er ein Stützpunkt des italienischen Imperialismus geworden, durch den letzterer in das Herz unseres Staates einzudringen beabsichtigt. Gegen dieses Eindringen ist unser Element das sicherste Mittel, das wünschen und verstehen wird, sein Eigentum und den eigenen Staat zu verteidigen.

Weiter: Neben diesem Block, bestehend aus 18 Bezirken, leben die Albaner und die anderen nationalen Minderheiten über die südlichen Gebiete versprengt und sind daher keine Gefahr für unser nationales und staatliches Leben. Die Gebiete um die Sar Planina zu nationalisieren, würde bedeuten, jeden Irrationalismus für immer zu begraben und die Macht in diesen Gebieten für immer zu sichern.

Die Umsiedlung von Norden in die von Makedoniern bewohnten Gebiete muss verringert werden. In diesen Gebieten ist der Boden knapp, es sind passive Gebiete und infolgedessen sensibel gegenüber den aus dem Norden kommenden Kolonisten. Erst recht, weil sie in solchen Handlungen Albanien unterstützt, wird ihr Nationalstolz geweckt. Wenn wir nicht in der erforderlichen Zeit die Rechnung mit ihnen begleichen, werden wir es in 20 bis 30 Jahren mit einem schrecklichen Irredentismus zu tun haben, dessen Spuren schon heute unweiger-

lich zutage treten und der unser ganzes Territorium im Süden in Frage stellen wird.

Das internationale Problem der Kolonisation

Wenn wir von dem Standpunkt ausgehen, dass die schrittweise Verdrängung der Albaner durch unsere schrittweise Kolonisation wirkungslos ist, bleibt uns nur ein einziger Weg, die Massenvertreibung. In diesem Fall haben wir zwei Staaten vor Augen, Albanien und die Türkei.

Albanien mit seiner spärlichen Bevölkerung, mit seinen zahlreichen noch nicht trockengelegten Sümpfen und unfruchtbaren, noch nicht erschlossenen Tälern, dürfte in der Lage sein, einige Hunderttausend Albaner aus unserem Land aufzunehmen. Die moderne Türkei mit ihren großen, noch unbewohnten und unbearbeiteten Flächen in Kleinasien und Kurdistan bietet nahezu unbegrenzte Möglichkeiten für die innerere Kolonisation. Trotz aller Anstrengungen von Quemal Atatürk haben es die Türken noch nicht vermocht, das durch die Umsiedlung der Griechen aus Kleinasien nach Griechenland und eines Teils Kurden nach Persien entstandene Bevölkerungsdefizit auszugleichen. Eben deshalb bestehen die besten Chancen, den größten Teil unserer Albaner, die wir vertreiben wollen, dorthin zu schicken. Zuvor betonen wir, dass wir uns bei unseren diplomatischen Vorstößen nicht allein auf Ankara beschränken dürfen: wir müssen vielmehr alle Mittel ausschöpfen, um Tirana davon zu überzeugen, einen Teil unserer Vertriebenen aufzunehmen. Ich glaube, dass diese Angelegenheit in Tirana auf Schwierigkeiten stoßen wird. Hier würde es Italien sein, das diese Angelegenheit behindern würde, doch spielt Geld in Tirana eine große Rolle. Im Rahmen der Gespräche um diese Frage muss die albanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, dass wir uns bei der definitiven Lösung dieser Frage durch nichts aufhalten lassen werden. Zugleich müssen wir sie über Subventionen für die Kolonisation unterrichten, die keiner Kontrolle unterliegen. Eventuell können einflussreiche Leute über geheime Kanäle in Tirana materiell dazu veranlasst werden, in dieser Angelegenheit keinen Widerstand zu leisten.

Wie wir gehört haben, ist die Türkei einverstanden, anfangs rund 200.000 unserer Vertriebenen unter der Bedingung aufzunehmen, dass es sich dabei um Albaner handelt, was für uns am vorteilhaftesten ist. Den Wunsch der Türkei, zuvor eine Umsiedlungskonvention abzuschließen, sollten wir voll und ganz akzeptieren. Hinsichtlich der Umsiedlung sollten wir die Konventionen durcharbeiten, die sie in den letzten Jahren über diese Frage mit Griechenland, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen hat, wobei wir zwei Dingen Beachtung schenken sollten: man sollte von ihr verlangen, dass sie eine möglichst große Quote akzeptiert, während man ihr von der finanziellen Seite her eine möglichst große Unterstützung gewähren sollte, insbesondere für die Regelung eines möglichst schnellen Transports. Zweifellos wird dieses Problem einige internationale Unruhe hervorrufen, was in solchen Fällen unvermeidlich ist. Immer wenn in den letzten Jahrhunderten solche Handlungen auf dem Balkan stattgefunden haben, hat sich eine Macht gefunden, die dagegen protestiert hat, weil sie nicht mit ihren Interessen übereinstimmten. In diesem Fall könnten es Albanien und Italien sein. Was Albanien anbelangt, haben wir schon betont, dass man für den Abschluss einer Konvention mit ihm über dieses Problem sorgen muss. Angenommen, wir erreichten dieses Ziel nicht, sollten wir zumindest anstreben, dass es sich mit der Vertreibung in die Türkei abfindet. Wir wiederholen, dass in Tirana Verhandlungsgeschick sowie angemessen eingesetzte Geldmittel eine entscheidende Rolle bei dieser Frage spielen können. Die Weltöffentlichkeit wird sich ein wenig beunruhigen, insbesondere die von Italien finanzierte. Nichtsdestoweniger hat sich die Weltöffentlichkeit an weit Schlimmeres gewöhnt und ist dermaßen mit Tagesfragen beschäftigt, dass sie sich von dieser Seite wohl kaum beunruhigen dürfte. Wenn Deutschland Zehntausende von Juden vertreiben und Rußland Millionen von Menschen von einem Teil des Kontinents zum anderen verlegen konnte, so wird die Ver-

treibung von einigen Hunderttausend Albanern schon nicht zum Ausbruch eines Weltkriegs führen. Doch die kompetenten entscheidenden Gremien sollten wissen, was sie wollen: sie müssen die Vertreibung beharrlich durchführen, wobei sie mögliche internationale Hindernisse nicht zu beachten brauchen. Zweifellos wird Italien am meisten Schwierigkeiten machen, aber es ist zu sehr mit seinen Problemen hinsichtlich Abessinien und Österreich beschäftigt, als dass es wagen könnte, in seinem Widerstand zu weit zu gehen. Um die Wahrheit zu sagen, besteht die größte Gefahr darin, dass sich unsere großen Verbündeten, Frankreich und England, in diese Sache einmischen könnten. Mit Kaltblütigkeit und Entschlossenheit muss ihnen geantwortet werden, dass die Sicherheit der Morava-Vadar-Linie in ihrem Interesse liegt, was sich auch im letzten großen Krieg zeigte. Sie wird erst dann für uns und für sie noch sicherer werden, wenn wir diese Gebiete rund um die Sar Planina und in Kosovo vom Ethnischen her vollständig beherrschen.

Die Vertreibungsmethode

Wir haben schon betont, dass für uns nur die Massenvertreibung der Albaner aus ihrem Dreieck wirkungsvoll ist. Die erste Bedingung für eine Massenvertreibung ist die Erzeugung einer geeigneten Psychose; sie kann auf vielerlei Art und Weise erzeugt werden.

Bekanntlich unterwerfen sich die mohammedanischen Massen im allgemeinen sehr schnell einem Einfluss, insbesondere einem religiösen, sie sind abergläubisch und fanatisch. Von daher ist vor allem erforderlich, dass wir, um die Albaner vertreiben zu können, ihren Klerus und die einflussreichen Leute durch Geld oder Drohungen auf unsere Seite ziehen. Man muss so schnell wie möglich Agitatoren finden, die für die Vertreibung Propaganda machen; es wäre natürlich gut, wenn die Türkei selbst uns welche überließe. Sie müssen die Schönheit der neuen Gegenden in der Türkei, das leichte und behagliche Leben beschreiben, religiösen Fanatismus in den Massen schüren und den türkischen Nationalstolz wecken. Unsere Presse kann kolossale Dinge leisten, indem sie die bequemen Umsiedlungen der Türkei aus Dobrudscha und ihre gute Stabilisierung in den neuen Gegenden beschreibt. Mit diesen Beschreibungen würden bei unseren albanischen Massen die nötigen Vorbedingungen für die Vertreibung geschaffen werden.

Ein anderes Mittel wäre der Zwang durch den Staatsapparat. Er muss Gesetze bis ins letzte ausschöpfen, so dass es den Albanern unerträglich wird, bei uns zu bleiben: Geldstrafen, Gefängnis, rücksichtslose Anwendung aller polizeilichen Möglichkeiten, etwa Verurteilung des Schmuggels, des Forstfrevels, Bestrafung von Personen, die Schäden in der Landwirtschaft verursachen oder Hunde frei herumstreuen lassen, Zwangsverschickung und überhaupt jedes Mittel, das eine erfahrene Polizei zu erfinden imstande ist. Wirtschaftliche Maßnahmen: Nichtanerkennung der alten Grundbuchauszüge; die Katasterämter in diesen Gebieten müssen sofort rücksichtslos die Abgaben und alle privaten und öffentlichen Schulden eintreiben, Einziehung des staatlichen und kommunalen Weidelandes, Außerkraftsetzung von Konzessionen und Berufsverbote, Entlassung aus staatlichen, privaten und kommunalen Arbeitsstellen usw. Dies würde den Vertreibungsprozess beschleunigen. Sanitäre Maßnahmen: gewaltsame Anwendung aller Anordnungen auch innerhalb der Häuser, Zerstörung der Mauern und Zäune um die Häuser, rigorose Anwendung der veterinären Maßnahmen, mit dem Ziel, den Viehhandel zu unterbinden usw. Auch hier kann wirkungsvoll und praktisch vorgegangen werden. Wenn die Rede auf die Religion kommt, sind die Albaner überaus empfindlich, deshalb muss man hier scharf zuschlagen. Dies kann durch schlechte Behandlung der Kleriker erzielt werden, durch Verwüstung der Friedhöfe, durch das Verbot der Polygamie und insbesondere durch die rücksichtslose Anwendung der Grundschulpflicht für Mädchen überall dort, wo sich Grundschulen befinden.

Auch private Initiativen können in dieser Hinsicht sehr hilfreich sein. Man muss an die Kolonisten, wenn nötig, Waffen ausgeben. In diesen Gebieten muss die alte Bandentätigkeit wiederbelebt werden: man muss ihnen heimlich Unterstützung zukommen lassen. Insbesondere sollte man eine wahre Flut von Montenegrinern von den Bergweiden herunterjagen, damit sie in breitem Maßstab Konflikte mit den Albanern in Metohija heraufbeschwören. Dieser Konflikt muss durch uns ergebene Leute vorbereitet, geschürt und hochgeputzt werden, was leicht sein dürfte, da sich die Albaner tatsächlich erhoben haben. Während die Ereignisse als Stammeskonflikt dargestellt werden müssen; wenn nötig, kann man ihnen ökonomischen Charakter verleihen. Schließlich und endlich kann man auch lokale Unruhen schüren, die dann mit wirkungsvollen Mitteln auf blutige Weise unterdrückt werden müssten, doch nicht so sehr mit der Armee als vielmehr mit Kolonisten, montenegrinischen Stämmen und Banden.

Es bleibt noch ein Mittel, das Serbien auf höchst praktische Weise nach 1978 angewandt hat, wobei es im Geheimen albanische Dörfer und Stadtviertel anzünden ließ.

Die Organisierung der Vertreibung

Nach der beigelegten Karte müssen folgende Bezirke umgesiedelt werden: Ober-Debar, Unterpolog, Oberpolog, Sar Planina, Drenica, Savica, Vuciterna, Lab, Gracanica, Norodimja, Djakovica, Gora, Podgor, Podrimja, Pec, Gnjinala und Kacanik. Von diesen Bezirken, die für uns gegenwärtig den albanischen Keil darstellen, sind die wichtigsten: Pec, Djakovica, Podrimja, Gora, Podgor, Sar, Istok und Drenica. Im Norden die Sar Planina und danach Oberdebar, die beiden Polog-Bezirke südlich der Sar Planina. Dies sind die Grenzbezirke; sie müssen um jeden Preis umgesiedelt werden. Die Bezirke im Landesinneren, etwa Kacanik, Gnjilane, Nerodimja, Gracanica, Lab, Vuciterna müssen möglichst geschwächt werden, insbesondere Kacanik und Lab. Während die anderen schrittweise und systematisch kolonisiert werden müssen, was zu verwirklichen ist. Die oben erwähnten Mittel müssen insbesondere in den Grenzbezirken zur Anwendung kommen, wenn wir wünschen, dass sie umgesiedelt werden sollen.

Bei der Vertreibung sollte man sich folgende Dinge vor Augen halten: Zunächst wäre es angebracht, sich der Vertreibung der Bauern zuzuwenden, danach erst sind die Stadtbewohner an der Reihe. Die Dorfbewohner sind zusammenhängender, deshalb sind sie auch gefährlicher. Danach sollte man nicht in den Fehler verfallen, nur die Armen zu vertreiben: das Rückgrat eines jeden Volkes sind die mittleren und reichen Schichten. Auch sie müssen verfolgt und vertrieben werden. Die Armen, die keine Unterstützung bei den wirtschaftlich unabhängigen Landsleuten mehr haben, beugen sich schnell. Dies ist eine Frage von großer Bedeutung, die ich betone, weil sie eine der wichtigsten Ursachen dafür ist, dass unsere Kolonisation im Süden nicht den erforderlichen Erfolg gebracht hat, weil zwar die Armen vertrieben wurden, die Reichen aber blieben, und wir auf diese Weise immer noch am Anfang stehen, weil wir sehr wenig Grund und Boden für die Niederlassung unserer Kolonisation gewonnen haben. Während der Erzeugung der Vertreibungspsychose muss alles unternommen werden, dass ganze Dörfer abziehen, wenigstens aber ganze Familien. Unter allen Umständen muss verhindert werden, dass nur ein Teil der Familie vertrieben wird, der andere hingegen bleibt. Unser Staat wird nicht Millionen ausgeben, um den Albanern das Leben zu erleichtern, sondern um sich eine möglichst große Zahl von ihnen vom Hals zu schaffen. Deshalb muss unbedingt verhindert werden, dass die Albaner, die umsiedeln, ihre Grundstücke an jene verkaufen, die hierbleiben. Im Zusammenhang damit müssen wir die Umsiedlung von Einzelpersonen mit der Umsiedlung ganzer Dörfer verbinden; falls sie es wünschen, sollten sie Erleichterungen während des Umsiedlungsprozesses haben.

Sobald sie einverstanden sind, umzusiedeln, muss man ihnen allseitige Hilfe zukommen lassen. Man muss den Verwaltungsvorgang vereinfachen, man muss sogleich ihren Besitz

aufkaufen, man sollte ihnen bei allerlei Formalitäten zuvorkommend dienen. Reisedokumente aushändigen, ihnen helfen, bis zum ersten Bahnhof zu kommen, indem man ihnen Züge bis Saloniki zur Verfügung stellt, und von dort sogleich per Schiff nach Asien verfrachten. Es ist von großer Bedeutung, dass die Reisen leicht, bequem und kostenlos sind. Die Zugfahrt sollte nach Möglichkeit gratis sein, man sollte ihnen zugleich auch mit Nahrungsmitteln unter die Arme greifen, denn davon hängt stark ab, ob sie in Massen umsiedeln oder nicht. Die Angst vor Schwierigkeiten während der Reise ist das Haupthindernis. Deshalb ist es erforderlich, sich stark dafür zu machen, dass alle Reiseangelegenheiten rasch und energisch geklärt werden. Man muss vor allem dafür sorgen, dass sie möglichst wenig Schereien wegen der Reise haben, weil sich die einfachen Leute an Schwierigkeiten orientieren; deshalb wäre es vorteilhaft, das Transportsystem des großen Reisebüros zu untersuchen und zu verwenden. Der Umsiedler soll von einer Hand zu anderer gehen, er soll auf keinen Fall die Last dieser Bewegung spüren. Nur auf diese Weise kann die albanische Auswanderungswelle erzeugt werden, die unseren Süden von den Albanern entvölkern.

Der Bevölkerungsprozess der ausgesiedelten Gebiete

Das Problem der Errichtung von Kolonien in den ausgesiedelten Gebieten ist nicht kleiner als das Problem der Vertreibung der Albaner.

Die erste Frage, die sich aufdrängt, ist: Wer soll sich dort niederlassen? Am natürlichsten wäre, wenn sich dort unser Element aus den passiven Gebieten niederließe, vor allem Einwohner aus Montenegro, Herzegowina, Licko Polje und Krajina. Die Montenegriner sind aus vielen Gründen am geeignetsten. Metohija, Drenica und Kosovo sind die natürlichsten Stellen, denen sie ohnehin aus ihren verarmten Bergregionen zuströmen. Das Bevölkerungswachstum in Montenegro hat Armut mit sich gebracht, was in der letzten Zeit ständig sozialpolitische und für die Staatsgewalt ungünstige Bewegungen hervorgerufen hat, die, was Ruhe und Ordnung in der Zukunft betrifft, ziemlich gefährlich für uns sind. Es lohnt sich nicht, ihnen Mais und Renten zu geben. Die einzige Lösung ist, sie den fruchtbaren Gebieten von Metohija, Drenica und Kosovo zuzuführen. Denn sie sind, was Mentalität und Temperament betrifft, den Albanern ziemlich ähnlich. Die Montenegriner sind die geeignetste Waffe, um die Albaner zu bezwingen. In erster Linie sollten sie in den Gebieten nördlich der Sar Planina eingesetzt werden, doch zusätzlich sollte man auch Einwohner aus Licko Polje und Krajina sowie Serben aus Cacak, Uzice und Toplica dort ansiedeln. Das ist notwendig, um bei ihnen mehr Arbeits- und Organisationsfertigkeiten zu schaffen, um ihre, den Bergbewohnern eigene Denkweise, durch Vermischung und Einheiratung aus verschiedenen dinarischen Gegenden umzuwandeln, so dass ein neuer Typ von Montenegrinern erzeugt werden kann, der weniger ortsverbunden ist und insgesamt serbisch wird.

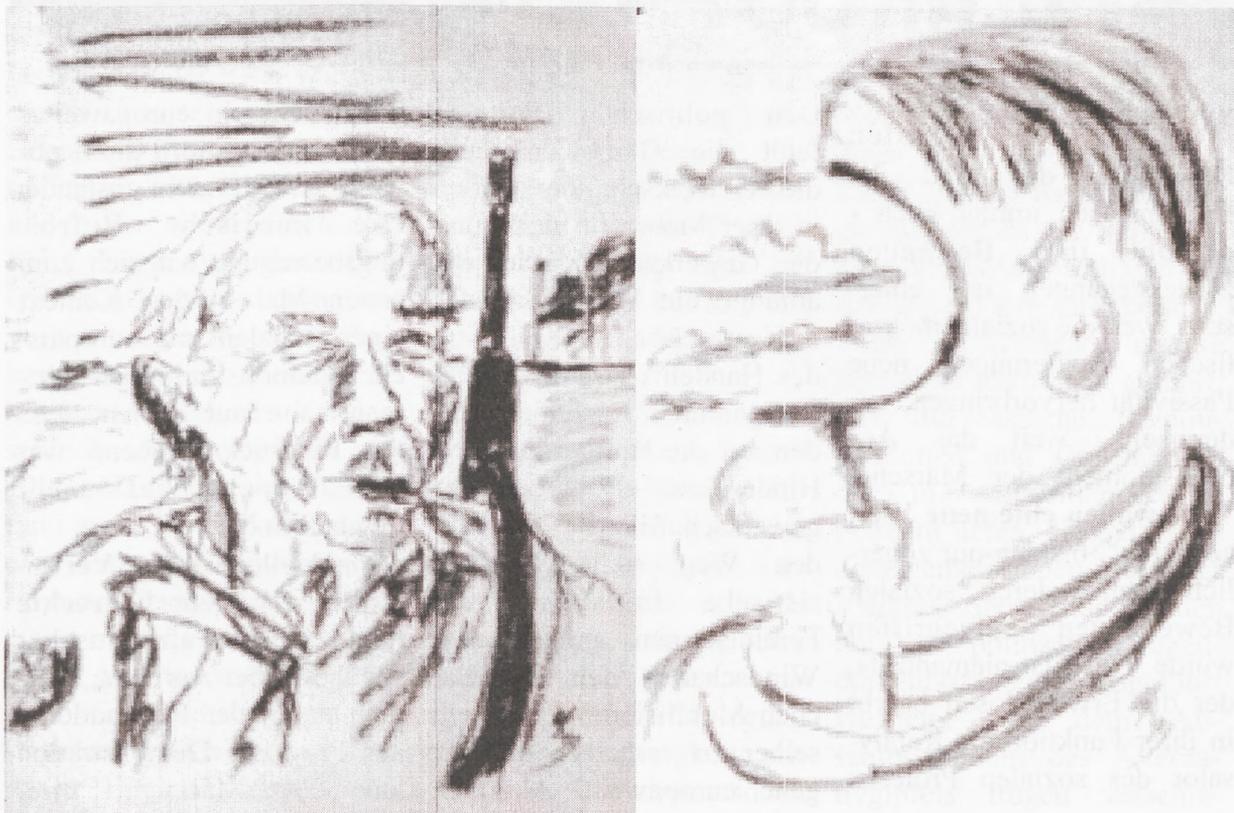
Den südserbischen Gastarbeitern, südlich der Sar Planina, müssen geeignete Bedingungen geschaffen werden, dass sie imstande sind, den fruchtbaren Boden für sich in Beschlag zu nehmen. Sie sind ehrliche und fleißige Menschen, die ihr ganzes Leben lang diesem Staat dankbar sein werden, vorausgesetzt, ihnen werden angenehme Bedingungen für das Dorfleben geschaffen. Im allgemeinen hat das Dorf der Südserben das Recht, mehr Fürsorge und Beachtung zu verlangen, als wir ihm heute widmen. Die Kolonisation dieser Armen nach Ober- und Unterpolog sowie nach Debar, die Verlegung ihrer Weidegebiete in das Land der Albaner wird dafür sorgen, dass sie unseren Staat als den ihren empfinden und infolgedessen verstehen, seine Grenzen zu verteidigen.

Außer diesen können auch Serben aus Vranje, Leskovac, Pirot und Vlasotince, insbesondere aus den passiven Bergdörfern, südlich der Sar Planina und der Crna Gora bei Skopje angesiedelt werden. Ich wiederhole noch einmal, dass sich die Dinariker nicht im Südosten der Crna Gora bei Skopje niederlassen dürfen

Während der Kolonisierung der, von den Albanern zurückgelassenen, Dörfer darf man sich nicht in bürokratischer Dickfelligkeit verzetteln. Die erste Handlung ist die sofortige Aushändigung der Grundbuchauszüge an die Kolonisten für den Boden, auf dem sie sich niederlassen. Eine der wichtigsten Ursachen für den Mißerfolg unserer bisherigen Kolonisation war die, dass der Kolonist nicht das Gefühl hatte, sich des Bodens, auf dem er sich niedergelassen hatte, sicher zu sein, eben weil er nicht sofort einen Grundbuchauszug bekam und auf diese Weise den Schikanen gewissenloser Angestellter und Politiker ausgeliefert war. Der Bauer fühlt sich nur dann des Bodens, den er besitzt, sicher, wenn er weiß, dass er unter keinen Umständen mehr vertrieben werden kann. Deshalb muss ihm sofort eine entsprechende Garantie gegeben werden. Doch zugleich ist es nicht ohne Risiko, den Kolonisten die vollen Bodennutzungsrechte zu gewähren. Im Prinzip haben die Wirtschaften der Kolonisten ihre staatliche und nationale Mission und derjenige, der sie übernommen hat, muss diese Mission auch erfüllen. Deshalb darf er nicht unbeschränkt über diesen Besitz disponieren. Denn unter ihnen gibt es viele verschiedene auch proletarisierte Menschen aus dem Dorf, die das Gefühl für Boden und Vieh verloren haben, die sich erst an die Landwirtschaft gewöhnen müssen; sie müssen gesetzlich an den Boden gebunden werden, damit sie anfangen, die neuen Gebiete und Höfe zu lieben oder zumindest ihre Kinder, wenn es ersteren nicht gelingt. Deshalb muss den Kolonisten für mindestens 30 Jahre verboten werden, frei über ihren Boden zu verfügen, vor allem deshalb, weil sie sofort die Grundbuchauszüge ausgehändigt bekommen.

(Fortsetzung folgt)

**Ausstellung „Der Frieden fällt nicht vom Himmel“, von
Wienfried A. Karsten, im Recklinghäuser BERT-BRECHT-ZENTRUM**



NEUE FÜSSE FÜR DEN EUROMARSCH

Die "Vorhut der sozialen Bewegung für ein anderes Europa" nannte Karel Gacoms, Streiführer bei Renault Vilvoorde 1997, die Erwerbslosen, die am Freitag, dem 28. Mai in Köln von ihren Märschen aus Brüssel, Prag und Süddeutschland eingetroffen waren, um am nächsten Tag mit Gewerkschaftern, Flüchtlingen und MigrantInnen, Vertretern der kurdischen Befreiungsbewegung, Antifas und politischen Organisationen zur zweiten großen europäischen Demonstration gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg zusammenzukommen.



Vorhut der sozialen Bewegung, das sind die Erwerbslosen immer noch - obwohl ihre Bewegung zurückgegangen ist, einerseits, weil die sozialdemokratischen Regierungen neue Passivität hervorbringen, andererseits, weil das Antriebsmoment der Märsche: "Wir wollen eine neue Welt schaffen", bislang nur zögerlich von anderen sozialen Bewegungen aufgegriffen wurde. Noch ist niemand da, der die Erwerbslosen beerbt in ihrer Funktion als Katalysator des sozialen Protests.

Den politischen Parteien fehlt die Glaubwürdigkeit, die Gewerkschaften wollen in ihrer Mehrzahl nicht, und die Gewerkschaftslinken, die anfängt, ein Verständnis für die europäische Dimension des Handelns zu entwickeln, stößt an allen Ecken und Enden auf die Borniertheit und Hindernisse, die ihnen der gewerkschaftliche Apparat in den Weg stellt. Antirassistische Initiativen wie Feministinnen nutzen den Windschatten der europäischen Mobilisierung, um sich selber zu vernetzen und eigene europaweite Aktionen

zu planen; ein europaweites Treffen der Antifa kam, obwohl gewollt, nicht zustande. Die kurdische Befreiungsbewegung hat sich zum ersten Mal in den Kontext einer sozialen und europäischen Demonstration gestellt - man kann nur hoffen, dass der Eindruck bleibend war und Appetit auf mehr geschaffen hat.

Ein Volksfest zur Verteidigung der Menschenrechte nannte ein afrikanischer Asylbewerber aus Jena, Teilnehmer an der Fahrraddemo aus Prag, die Demonstration am 29. Mai. In ihrer

Fröhlichkeit, Buntheit und Lautstärke war es eine Demonstration, wie es sie in Deutschland noch nicht gegeben hat. Der Mobilisierungserfolg von Amsterdam konnte wiederholt werden. Mit 30 000 Teilnehmenden wurde dieselbe Größenordnung erreicht wie vor zwei Jahren (die Amsterdamer Demo zählte nach Angaben der Organisatoren 35 000 Teilnehmende, es war die Polizei, die damals von 50 000 sprach).

Die Zahlen verbergen jedoch Verschiebungen: Die Beteiligung der Erwerbslosen hat abgenommen, das schlug sich auch in der halbierten Zahl der Marschierenden nieder. In Amsterdam waren 600 zusammengekommen, in Köln über 300. Die gewerkschaftliche Präsenz war geringer als die Unterstützung für den Gewerkschafteraufruf hatte vermuten lassen. Aus der BRD war nur die NGG zu sehen - und eine einsame ÖTV-Fahne; die Beteiligung aus Griechenland und Italien wurde durch den Krieg stark behindert. Die Griechen hatten ursprünglich vor, mit einem ganzen Zug bzw. mehreren Bussen zu kommen, wegen des Krieges schmolz die Delegation auf 120 zusammen. In Italien fand am selben Wochenende eine nationale Antikriegsdemonstration statt. Die "sozialen Zentren" (Autonome) kamen deshalb nicht und mobilisierten statt dessen nach Bari.

Aus England fehlten die

Liverpooler Dockers; in Spanien ist die Mobilisierung über die anarchosyndikalistische CGT nicht hinausgekommen; Portugal und Norwegen fehlten ganz. Dafür gab es in der schwedischen Delegation auch eine finnische Beteiligung, der zum Abschluss der Demonstration die Stafette übergeben wurde - der nächste EU-Gipfel findet in Finnland statt.

Doch es gab andere Gesichter, die in Amsterdam nicht dabeigewesen waren: die Flüchtlinge, darunter zahlreiche Afrikaner und Kurden; die Antifas; der kurdische Widerstand; eine kleine polnische Delegation; eine Gruppe Russen; die indischen Landarbeiter, die die Interkontinentale Karawane bildeten. Sie belegten eindrücklich, dass das "andere Europa", das die Euromärsche im Sinn haben, sich nicht auf die Grenzen der EU und auch nicht auf die geografischen Grenzen Europas beschränkt. Hier bildet sich ein politischer Europabegriff heraus, der sich mit den Grenzen der EU und des Schengener Abkommens nicht deckt.

Die Größenordnung der Mobilisierung konnte gehalten werden, weil die Euromärsche ihrer Grundidee treu geblieben sind: Sie verstehen sich nicht nur als Bewegung der Erwerbslosen, sondern als breite, europaweite soziale Bewegung gegen Erwerbslosigkeit mit all ihren Begleitumständen

und Folgen. Deswegen haben sie auf der Kölner Konferenz im Januar den Begriff der Ausgrenzung präzisiert und um die rassistische Ausgrenzung erweitert; dies machte es möglich, dass die Fahrradkarawane aus Prag von den Euromärschen, der Karawane der Flüchtlinge und MigrantInnen und der Karawane Geld oder Leben gemeinsam durchgeführt wurde.

Die Märsche haben im April auf den Krieg mit einer Erklärung reagiert, in der sie den Zusammenhang zwischen Armut, Ausgrenzung und Krieg herstellen und den Willen der Märsche betonen, konkrete Schritte für eine Vernetzung und Kommunikation der Völker untereinander auch auf dem Balkan zu unternehmen. Frei von Reibungsmomenten war diese Ausweitung nicht; vor allem die Losung "**Nein zum Krieg**" stieß bei einigen TeilnehmerInnen aus Frankreich auf Ablehnung. Hier steht einer der Erwerbslosenverbände den Grünen nah, und die Grünen in der französischen Regierung gehören zu den ärgsten Kriegstreibern.

Die gewonnene soziale Breite hat auch dazu geführt, dass die Märsche, Demonstrationen und Gegengipfel, die in Amsterdam noch getrennt liefen, diesmal unter dem gemeinsamen Dach der Märsche, der Studierenden und der politischen Jugendorganisationen durchgeführt wurden. Auf dem Abschlussplenum des Alternativgipfels trugen verschie-

dene Netzwerke die Ergebnisse ihrer Arbeit und ihre weiteren Projekte vor: die Euromärsche, "**Kein Mensch ist illegal**", die Studierenden, die Frauen. Leider fehlte der Chemiekreis, der ein sehr erfolgreiches einträgliches Forum mit internationaler Beteiligung bestritt, leider auch die Antifas, deren europäisches Treffen wie gesagt nicht zustande gekommen ist.

Auch der **Alternativgipfel** hatte eine neue Qualität, und es tat keinen Abbruch, dass die Beteiligung daran mit 400 Leuten nur halb so stark war wie in Amsterdam. Er wurde von den sozialen Bewegungen, die nach Köln mobilisiert haben, als Forum für ihren Dialog und die weitere Planung ihrer Arbeit genutzt. Damit legte er die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit, die weit

über die Euromärsche hinausgeht.

Schließlich haben zum Gelingen des Ganzen wesentlich auch solche Initiativen beigetragen, die für Essen, Schlafen und Diskutieren die Infrastruktur stellten: die Naturfreunde mit dem Zeltlager, das nach anfänglichen Schwierigkeiten ein voller Erfolg wurde; das Bürgerzentrum Alte Feuerwache mit einem höchst angenehmen Rahmen für alternatives Zusammenleben; das Kollektiv Rampenplan mit einer wohlschmeckenden Essensversorgung.

Zusammengenommen kann man sagen: Die europäische soziale Bewegung ist keine Eintagsfliege geblieben; sie hat ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt, sie hat sich ausgeweitet, sie hat die Zusammenarbeit verschiedener Netze befördert.

Dennoch sind die Euromär-

sche mit dieser Mobilisierung an Grenzen gestoßen. Das spontane Engagement freiwilliger Kräfte reicht nicht mehr, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Die personellen und finanziellen Mittel sind zu gering; und weil die Bewegung sich derzeit nicht spontan ausweitet, kommen auch nicht von selbst neue Kräfte hinzu. Jeder Schritt des Zusammenwachsens auf europäischer Ebene bedarf eines erheblichen Einsatzes; wo dieser wegen Überforderung fehlte, wurden gravierende Mängel sichtbar:

* erstens auf den Märschen selbst: deren Empfang durch örtliche Arbeitslosen- und Wohnungslosenkollektive ließ erheblich zu wünschen übrig. Die Märsche gerieten eher zu einer Demonstration als zu einem Moment der Kontaktaufnahme mit Gruppen vor Ort. Damit wurde ein



Demo-Teilnehmer aus Recklinghausen

Foto: Pedoth

wichtiges politisches Ziel der Märsche verfehlt (abgesehen von infrastrukturellen Problemen, die durch verstärkte Zusammenarbeit mit Strukturen vor Ort leichter hätten gelöst werden können). Eine Ausnahme bildete Lüttich, wo die örtliche Arbeitslosenorganisation eine Arbeitsamtsbesetzung durchführte, die von dem Marsch aus Brüssel unterstützt wurde. Die Folge waren Probleme im Zusammenleben und in der Versorgung der Marschierenden sowie Spannung und Gereiztheiten unter ihnen.

* Zweitens auf der Demonstration: das Verhalten der Polizei, die sich vorgenommen hatte, ihr Mütchen an einer bestimmten, vorher ausserkorenen Gruppe zu kühlen, hätte eine Reaktion der gesamten Demonstration erforderlich gemacht, die jedoch in Ermangelung einer internationalen Demonstrationsleitung nicht möglich war. An solchen Fragen zeigt sich, welche Herausforderung es bedeutet, zu europaweiter Handlungsfähigkeit zusammenzuwachsen.

* Drittens auf dem Erwerbslosenparlament: obwohl es eine völlig neue Form der Zusammenarbeit darstellt, hat man sich im Vorfeld darüber nicht genügend Gedanken gemacht und eine eher traditionelle Veranstaltung mit vorher ausgesuchten Redbeiträgen durchgeführt. Erst der massive Protest der Erwerbslosen an seinem Verlauf verdeutlichte, welches

Potential in der Idee eines solchen Parlaments steckt: europaweit eine ständige Vertretung der Erwerbslosen zu schaffen, die Aktionen wie Inhalte diskutiert. Sofort trat die Frage nach ihrer Zusammensetzung und Legitimation auf; dies war im Vorfeld nicht diskutiert worden, musste folglich auch in Köln unbeantwortet bleiben. Aber der Anstoß wurde gegeben. Das ist fast ein wichtigeres Ergebnis als die ansonsten gefassten Beschlüsse.

Die inhaltliche Debatte des Erwerbslosenparlaments ist über die Brüsseler Erklärung nicht hinausgekommen. Ein Teil hat versucht, europaweit einheitliche Beträge für Arbeitszeit und Mindesteinkommen aufzustellen - stieß dabei aber auf heftigen Widerstand von anderen. So bleibt die Frage offen, ob dies der beste Weg ist, die Lebensstandards in Europa zu vereinheitlichen.

Die Debatte über die Niedriglohnpolitik und die Herausforderung, die sie für Erwerbslose und Gewerkschaften bedeutet, steckt hingegen noch in den Anfängen. Sie mag sich konkretisieren, wenn im Dezember anlässlich des EU-Gipfels in Finnland der beschlossene **europaweite Aktionstag gegen Billiglohn und Zwangsarbeit** durchgeführt wird.

Zusammen mit allen Kräften, die an dieser Mobilisierung mitgewirkt haben, werden die Märsche diskutieren müssen, wie sie die genannten Mängel überwin-

den können, vor allem im Hinblick auf die nächste **europäische Großaktion, die im Winterhalbjahr 2000 in Frankreich** stattfinden soll:

* wie wir die Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken und Kräften intensivieren und ausbauen können;

* wie wir unsere Arbeit auf neue Füße stellen und die dafür notwendigen Mittel aufreiben können;

* wie wir die europäische Koordination der Märsche zu einem internationalen Organisationszentrum ausbauen können.

**Angela Klein (zuerst
abgedruckt in: SoZ Nr.
12, vom 10.6.1999)**

Nachtrag:

Gemeinsam mit Freundinnen und Freunden der "Gladbecker Solidarität" führen auch Mitglieder des "Erfurter Forums", des AFB und des IFV aus Recklinghausen in einem großen Bus nach Köln. Es entwickelten sich zahlreiche Gespräche, Erfahrungen wurden ausgetauscht und man vereinbarte, sich künftig gegenseitig zu besuchen, um von einander zu lernen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern.

Kein Erfolg ohne Bewegung

Das soziale Europa

Am 13. Juni 1999 wählten die BürgerInnen der 15 EU-Mitgliedstaaten das Europäische Parlament. Innenpolitische Fragen, die im Wahlkampf natürlich eine zentrale Rolle spielten, verdeckten, was eigentlich ansteht. Denn das europäische Staatengebilde durchläuft derzeit eine tiefe Legitimationskrise. Dabei geht es um nichts Geringeres als die Ohnmacht Europas. Der Krieg auf dem Balkan machte auf grausame Weise deutlich, dass - mangels einer eigenständigen europäischen Verteidigungspolitik, die niemand wirklich will - die Vereinigten Staaten nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen den Kurs vorgeben. Die Arbeitslosen ihrerseits erinnerten in Köln die zum EU-Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs daran, wie hohl ihre Reden über ein "soziales Europa" anmuten, wenn gleichzeitig die Europäische Zentralbank alle Hebel in der Hand behält. Die Wahlen am 13. Juni boten den BürgerInnen Gelegenheit, diesen Zustand zu kritisieren, doch für wirkliche Veränderung bedarf es fraglos einer wirklichen Sozialbewegung auf europäischer Ebene.

Von PIERRE BOURDIEU

WENN man derzeit über Europa spricht, hört kaum jemand unvoreingenommen zu. Die Medien, die alle öffentlichen Äußerungen nach ihrer Logik des "Pro und Kontra" und des "Alles oder nichts" filtern, unterdrücken oder zurechtbiegen, drängen ihren Konsumenten die unsinnige Alternative auf, die sie selbst längst verinnerlicht haben: Entweder man ist für Europa, mithin fortschrittlich, offen, modern, liberal; oder man ist es nicht und somit archaisch, ewiggestrig, ein Anhänger der Le Pens und Haiders - oder gar ein Antisemit. Das öffentlich propagierte Leitbild lässt keine andere Wahl als die bedingungslose Parteinahme für das Europa, wie es ist und gemacht wird: reduziert auf eine Zentralbank und eine Einheitswährung, der Herrschaft des schrankenlosen Wettbewerbs unterworfen.

Freilich ist es illusorisch zu glauben, die laute Beschwörung des "sozialen Europa", wie sie etwa von den französischen Sozialisten zu vernehmen ist, durchbräche für sich schon die Alternative. Sie erhöht zunächst nur den Grad an Mehrdeutigkeit, der schon

den englischen "Sozial-Liberalismus" auszeichnet - einen kaum verhüllten Thatcherismus, dessen Vermarktungsstrategen nur auf die opportunistische Instrumentalisierung einer medienwirksam aufbereiteten Sozialsymbolik setzen. Auf diese Weise wirken die Sozialdemokraten, die gegenwärtig in Europa an der Macht sind, im Namen von Geldwertstabilität und Haushaltskonsolidierung daran mit, die kostbaren sozialen Errungenschaften zunichte zu machen, die in den beiden letzten Jahrhunderten erkämpft worden sind und sich bis heute in den Leitbildern des Universalismus, des Egalitarismus (wir übergehen hier die jesuitischen Feinunterscheidungen zwischen Gleichheit und ausgleichender Gerechtigkeit) und der internationalen Solidarität niederschlagen. Die regierenden Sozialdemokraten zerstören damit den inneren Kern der sozialistischen Idee: den Anspruch, durch kollektives und organisiertes Handeln die Grundlagen des von der Herrschaft der Ökonomie bedrohten sozialen Zusammenhalts der Menschen zu bewahren.

Wem dieses kritische Urteil überzogen erscheint, der stelle sich ein paar Fragen: Ist es nicht bezeichnend, dass die Sozialdemokraten in dem Augenblick, da ihr fast zeitgleicher Aufstieg zur Regierungsverantwortung in mehreren europäischen Ländern ihnen real ermöglicht, gemeinsam eine überzeugende Sozialpolitik anzuschieben, nicht einmal auf die Idee kommen, die eigenständigen politischen Handlungsspielräume auszuloten, die sich ihnen bei der Steuergesetzgebung, aber auch in der Beschäftigungspolitik, beim Arbeitsrecht, bei der Ausbildung oder im sozialen Wohnungsbau bieten? Ist es nicht erstaunlich und aufschlussreich, dass sie nicht den mindesten Versuch unternehmen, sich Mittel an die Hand zu geben, um diesem bereits weit fortgeschrittenen Zerstörungsprozess wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften entgegenzuwirken, indem sie beispielsweise auf europäischer Ebene gemeinsame soziale Normen verankern, insbesondere für die Bereiche Mindestlohn (vernünftig angepasst), Arbeitszeit oder Lehrstellen und Ausbildung? Erst diese gemeinsame Politik könnte dazu führen, dass das Wirtschafts- und Politikmodell der USA den Vorbildcharakter verliert, den ihm die herrschende öffentliche Meinung zuspricht.

Ist es nicht schockierend, dass die Sozialdemokraten im Gegenteil nichts Eiligeres zu tun haben, als gemeinsam für das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte zu sorgen, anstatt sie durch gemeinsame Maßnahmen zu kontrollieren - zum Beispiel durch die (in früheren Wahlprogrammen geforderte) Einführung einer Kapitalertragssteuer oder durch den Wiederaufbau eines Währungssystems, das in der Lage wäre, die Beziehungen zwischen den nationalen Volkswirtschaften zu stabilisieren? Und ist es eigentlich hinnehmbar, dass den stillschweigend mit Europa identifizierten "Hütern des Euro" gleichsam ein Vetorecht über die Sozialpolitik verliehen wird und diese somit der demokratischen Kontrolle entzogen bleibt? So wurde etwa die Finanzierung eines groß angelegten öffentlichen Entwicklungsprogramms auf den Feldern der

Erziehung, der Gesundheitspolitik und der sozialen Sicherheit verhindert. Es hätte EU-weit abgestimmte gesetzliche Rahmenrichtlinien und entsprechende Institutionen schaffen können, die nach und nach - oder zumindest im Ansatz - an die Stelle der nationalen und regionalen Verwaltungen treten würden.

Diese sind, solange nichts geschieht, durch die Logik einer nur finanz- und wirtschaftspolitischen Einheit zu einem perversen Standortwettbewerb des "Sozialdumpings" verurteilt.

Da der innereuropäische Handel den bei weitem größten Anteil an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten ausmacht, könnten die Regierungen dieser Länder eine gemeinsame Politik einleiten, um zumindest die schädlichen Auswirkungen der innereuropäischen Konkurrenz zu begrenzen und dem Wettbewerbsdruck der außereuropäischen Staaten gemeinsam zu widerstehen - so etwa den handels- und zollpolitischen Maßnahmen der amerikanischen Regierung, die mit den Regeln eines freien und uneingeschränkten Wettbewerbs, als dessen Hüter die USA gelten, zumeist sehr wenig zu tun haben. Statt dessen beschwört man in Europa das Gespenst der Globalisierung und duldet im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit den Abbau von Sozialleistungen, den die Arbeitgeber seit Mitte der siebziger Jahre in Ideologie und Praxis unablässig vorangetrieben haben (die Einschränkung staatlicher Interventionen, die Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte, die Rücknahme gewerkschaftlicher Rechte und die Erleichterungen für Entlassungen, die staatlichen Subventionen für private Investitionen durch Steuererleichterungen, die Reduzierung der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber etc.). Kurzum: Indem die sozialdemokratisch geführten Regierungen der EU so gut wie nichts für die zuvor verkündeten politischen Ziele unternehmen, obwohl alle Voraussetzungen zu deren Realisierung gegeben sind, verraten sie unmißverständlich, dass sie diese Politik gar nicht wirklich wollen.

Die Geschichte lehrt, dass es ohne eine soziale Bewegung keine durchsetzbare Sozialpolitik gibt. Sie lehrt auch, dass nicht, wie man es uns heute glauben machen möchte, der Markt, sondern die soziale Bewegung die Marktwirtschaft "zivilisiert" und ihre heutige Effizienz maßgeblich mitentwickelt hat. Wer dem Europa der Banken und des Geldes - flankiert von dem schon weit vereinheitlichten Europa der Polizei, der Strafverfolgung und, als wahrscheinliche Folge der Kosovo-Intervention, des Militärs -, wer diesem Gebilde ernstlich ein soziales Europa entgegensetzen will, der muss die Frage beantworten:

Wie lassen sich für dieses Ziel die notwendigen Kräfte mobilisieren, und welche Organisationen können diese Aufgabe der Mobilisierung übernehmen?

Natürlich denkt man spontan an den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Doch niemand wird den Beobachtern widersprechen können, die immer wieder aufzeigen, dass sich die europäischen Gewerkschaften auf der europäischen Aktionsebene hauptsächlich als "verantwortungsbewusste Partner" verhalten, so als sei ihnen nur daran gelegen, von der Gegenseite geachtet an der Führung der Geschäfte mitzuwirken, wozu sie sich einer maßvollen Lobby-Tätigkeit befleißigen und im übrigen an die von Jacques Delors entwickelten, als Dialog betitelten Verkehrsformen halten.

Auch wird man sich eingestehen müssen, dass der Europäische Gewerkschaftsbund keine großen Anstrengungen unternommen hat, um seine Organisationskraft so zu stärken, dass man der Politik der Arbeitgeber (die sich ihrerseits in der Union der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände zu einer mächtigen, in Brüssel äußerst einflussreichen Pressure-group zusammengeschlossen haben) etwas entgegensetzen kann.

Dazu wäre es notwendig, mit den bewährten Waffen des sozialen Kampfes (wie Streiks und Demonstrationen) der Kapitalseite wirksame kollektive Vereinbarungen auf EU-Ebene abzurufen.

Mit einigen alten Prinzipien radikal brechen

DA nun der Europäische Gewerkschaftsbund zumindest kurzfristig nicht auf die Linie einer kämpferischen Interessenpolitik einschwenken wird, liegt die Hauptverantwortung für die Stärke der sozialen Bewegung zunächst bei den je nationalen Gewerkschaften. Doch ein qualitativer Wandel der Gewerkschaftspolitik, der auf der europäischen Ebene den Versuchungen einer auf technokratische Lösungen fixierten Verhandlungsdiplomatie entgeht und sich von den je national ausgerichteten Routinen und Denkweisen löst, scheint schwierig. Vor dieser Aufgabe aber stehen die Gewerkschaften just zu einem Zeitpunkt, da die neoliberale Politik und die ihrer Logik überlassenen Wirtschaftskräfte ohnehin die Grundlagen einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik bedrohen: zum Beispiel durch die Privatisierung vieler Staatsbetriebe und die massenhafte Zunahme von unsicheren Arbeitsverträgen, Teilzeitarbeit und Tele-Heimarbeit. Davon zeugt nicht nur der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades allgemein, sondern auch die schwache Einbeziehung der Jugendlichen - insbesondere der vielfach mit Unmut begegneten jüngeren MigrantInnenbevölkerung.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung, die zum Motor eines sozialen Europa werden könnte, ist also noch zu erfinden, und zualtererst erscheint es notwendig, mit einigen alten Prinzipien mehr oder weniger radikal zu brechen.

Zu brechen wäre (erstens) mit nationalen, ja teils nationalistischen Sonderinteressen im Rahmen von Gewerkschaftstraditionen, die der mentalen und territorialen Enge der einzelnen Staaten verhaftet sind, einem Rahmen, der bislang die eigene Fortexistenz sicherte und den Raum der gewerkschaftlichen Forderungs- und Aktionspolitik definierte brechen wäre (zweitens) mit jener auf Übereinstimmung bedachten Haltung, die kri-

tisches Denken und Handeln in Mißkredit bringt und dazu neigt, durch die Überbewertung des sozialen Konsenses die Gewerkschaften in die Mitverantwortung für eine gemeinsame Politik zu drängen, die letztlich dafür sorgen soll, dass die Unterdrückten ihre Unterwerfung hinnehmen.

Zu brechen wäre (drittens) mit einem weit verbreiteten wirtschaftlichen Fatalismus. Ihn stützt nicht nur der öffentlich-politische Diskurs über die unvermeidlichen Zwänge der "Globalisierung" und die Herrschaft der Finanzmärkte, sondern auch die Praxis der sozialdemokratischen Regierungen, welche die Grundlinien der konservativen Politik weiterführen und sie als einzig mögliche verteidigen.

Zu brechen wäre (viertens) mit jenem Neoliberalismus selbst, der es geschickt versteht, die einseitigen Anforderungen des "leoninischen", das Recht des Stärkeren schützenden, Arbeitsvertrags in das Kostüm der "Flexibilität" zu kleiden - zum Beispiel bei den französischen Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung und beim Gesetz zur 35-Stunden-Woche; hier werden die objektiven Mehrdeutigkeiten in einem Kräfteverhältnis ausgenutzt, das immer ungleicher wird, weil die unsicheren und unstetigen Beschäftigungsformen sich ausbreiten und der untätige Staat die neoliberale Politik lieber bestätigt als zu verändern trachtet.

Zu brechen wäre (fünftens) mit dem "Sozial-Liberalismus" von Regierungen, die dazu neigen, Deregulierungsmaßnahmen, die den Arbeitgeberforderungen entgegenkommen, auch noch als unschätzbare Errungenschaft der wahren Sozialpolitik zu verkaufen.

Eine derart erneuerte Gewerkschaftspolitik erfordert Aktivisten, die wirklich international denken und in der Lage sind, in ihrem jeweiligen Land die aus den nationalen (juristischen und administrativen) Traditionen herrührenden Hindernisse ebenso zu überwinden wie die sozialen Barrieren, die zwischen Branchen und Berufsklassen, aber auch zwischen den Geschlechtern und ethnischen Gruppen nach wie vor virulent sind.

In der Tat ist es ein paradoxer Zustand, wenn

einerseits die Jugendlichen, insbesondere jene aus Immigrantenfamilien, die kollektiven Angstphantasien beherrschen, die durch die teuflische Dialektik des politischen Wettkampfs um fremdenfeindliche Wählerstimmen und durch den Kampf der Medien um die Einschaltquoten erzeugt werden, wenn andererseits denselben Jugendlichen in den Parteien und Gewerkschaften wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, was umgekehrt proportional zu jener Rolle ist, die ihnen europaweit in den Diskussionen um die Politik der "inneren Sicherheit" zugeschrieben wird.

Wäre es angesichts dieser Widersprüche nicht weit ratsamer, auf eine Art Internationale der "Immigranten" aller Länder zu setzen, in der sich Türken, Kabylen und Surinamer vereinigen, um gemeinsam mit den einheimischen Arbeitern der verschiedenen europäischen Länder den Kampf gegen jene wirtschaftlichen Kräfte zu führen, die indirekt auch für ihre Emigration verantwortlich sind?

Viele dieser jungen Menschen sind entwurzelt und aus dem Gleis geraten; weil sie von jedem organischen Protest ausgeschlossen sind, bleiben ihnen als Ausweg oft nur Schicksalsergebenheit oder die Beteiligung an den modernen Bauernaufständen: den Vorstadtrevolten. Vielleicht würden die europäischen Gesellschaften viel mehr gewinnen, wenn diese jungen Menschen, die man - obwohl sie Bürger des heutigen Europas sind - so hartnäckig "Immigranten" nennt, die Chance erhielten, sich aus passiven Objekten einer Sicherheitspolitik in aktive Träger einer konstruktiven sozialen Bewegung zu verwandeln.

(Fortsetzung folgt)

Zuerst abgedruckt in:
LE MONDE diplomatique, Juni 1999

DIE AKTUELLE NATO-STRATEGIE

Auf ihrem Gipfeltreffen in Washington im April 1999 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der NATO das neue strategische Konzept des Bündnisses. Die NATO geht in ihrer neuen strategischen Orientierung davon aus, dass der "Ost-West-Gegensatz überwunden" sei, sich inzwischen jedoch "weitere tiefgreifende politische und sicherheitspolitische Entwicklungen vollzogen" hätten, die die "Etablierung neuer Muster der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung überall in der euro-atlantischen Region" notwendig machen. Hieraus ergäben sich "neue Aktivitäten im Interesse breit angelegter Stabilität". Die "neuen" Aufgaben der NATO werden begründet mit "neuen Risiken für (den) euro-atlantischen Frieden und (die) Stabilität, (...) einschließlich Unterdrückung, ethnischer Konflikte, wirtschaftlicher Not, des Zusammenbruchs politischer Ordnung sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen".

Zweck und Aufgaben des Bündnisses

Die "neue" Strategie definiert sich in ihrer Kernaussage als die "alte": "Der wesentliche und fortdauernde Zweck der NATO (...) besteht darin, die Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu gewährleisten." Das "neue strategische Konzept" bringt "Zweck und Wesen des Bündnisses, die unverändert bleiben, sowie dessen grundlegende Sicherheitsaufgaben zum Ausdruck." Ziel sei "eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa". Nicht "neu" ist der Gedanke, dass "dieses Ziel durch Krisen und Konflikte, die die Sicherheit des euro-atlantischen Raums berühren, gefährdet werden" kann. Womit im Klartext gemeint ist, dass "Krisen" in jedem Teil der Welt die "Sicherheit des euro-atlantischen Raums berühren" können. Dies wird auch umschrieben durch die Formulierung eines "stabilen

euro-atlantischen Sicherheitsumfeldes, gegründet auf dem Wachsen demokratischer Einrichtungen und auf dem Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, in dem kein Staat in der Lage ist, einem anderen Staat durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt einzuschüchtern oder einem Zwang auszusetzen".

Nähme man diese Formulierungen wörtlich, müsste man wohl aktuell einen NATO-Einsatz gegen die israelischen Luftangriffe auf Libanon oder die indische Aggression gegenüber Pakistan erwarten.

Wesentlich ist bei der Bestimmung der "neuen" Strategie, dass eine Verpflichtung auf Beschlüsse der Vereinten Nationen (UNO) nicht mehr für verbindlich erklärt werden. Hierzu heißt es nur: "Um sein wesentliches Ziel zu erreichen, nimmt das Bündnis als eine Allianz von Nationen, die dem Washingtoner Vertrag und der Charta der Vereinten Nationen

verpflichtet ist, die folgenden grundlegenden Sicherheitsaufgaben wahr." "Verpflichtet" gefühlt hat sich die NATO der Charta der Vereinten Nationen ja bisher auch, was in ihrer Praxis aber nicht bedeutet, dass sie ihr Eingreifen an UNO-Mandate zu binden gedenkt, wie der Krieg gegen Jugoslawien bewiesen hat. Das wird in den folgenden Formulierungen noch deutlicher: "Im Zuge ihrer Politik der Friedenserhaltung, der Kriegsverhütung und der Stärkung von Sicherheit und Stabilität (...) wird die NATO in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen darum bemüht sein, Konflikte zu verhüten oder, sollte eine Krise auftreten, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu deren wirksamer Bewältigung beitragen, einschließlich durch die Möglichkeit der Durchführung von nicht unter Artikel 5 fallenden Krisenreaktionseinsätzen. Die Bereitschaft des Bünd-

nisses, solche Einsätze durchzuführen, unterstützt das übergeordnete Ziel der Stärkung und Erweiterung von Stabilität und beinhaltet oft die Beteiligung der Partner der NATO. Die NATO erinnert an ihr 1994 in Brüssel gemachtes Angebot, von Fall zu Fall in Übereinstimmung mit ihren eigenen Verfahren friedenswahrende und andere Operationen unter der Autorität des UN-Sicherheitsrates oder der Verantwortung der OSZE zu unterstützen, unter anderem auch durch die Bereitstellung von Ressourcen und Fachwissen der Allianz. In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit von Bündnissolidarität und -zusammenhalt bleibt die Beteiligung an einer solchen Operation oder einem solchen Einsatz den Beschlüssen der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen Verfassungen vorbehalten."

Die NATO ist es also, die der

UNO gegebenenfalls ein "Angebot" macht, ihre Einsätze 'abzusegnen' - oder eben auch nicht.

Der Verweis auf "die Fähigkeit des Bündnisses (...), durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Krisenverhütung und Krisenbewältigung beizutragen", durchzieht das neue NATO-Konzept wie ein roter Faden.

In Artikel 5 und 6 des Washingtoner Vertrages wird der "Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner, aus welcher Richtung auch immer", definiert.

Weitaus stärker aber wird abgehoben auf die Reaktion der NATO auf "Krisen", die nicht durch einen Angriff auf einen NATO-Staat gekennzeichnet sind, sondern ein militärisches Eingreifen der NATO an jedem möglichen Ort der Welt definieren, der in irgendeiner Form das "Sicherheitsumfeld" der NATO-Staaten "berührt". Hierzu heißt es:

"Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berück-

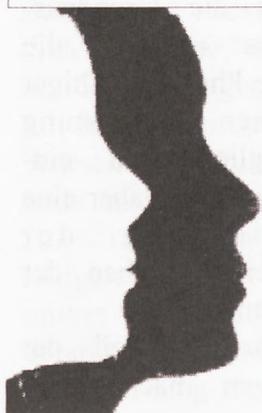
sichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassenderer Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen."

Damit ist nun ohne Zweifel alles abgedeckt, was an konkreten Entwicklungen in der heutigen Welt den Interessen der NATO-Staaten im Wege steht.

Ohne Zweifel stehen beispielsweise die kurdische, die timoresische, die baskische oder die nordirische Nationalbewegung den "Sicherheitsinteressen des Bündnisses" im Wege. Sie sind im gegebenen Fall als "Akte des Terrorismus", wenn nötig mit militärischer Gewalt, zu bekämpfen

Die Forderungen von Staaten der 3. Welt nach Schuldener-

Anzeige



Menschenrechte für die Frau 2/98

Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES

- Frauenrechtsverletzungen in China
- Die Textilindustrie in Shenzhen/China
- Verhandlungen mit dem Otto Versand

TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen

Tel. 07071/7973-0. Fax 07071/7973-22.

Bittä 6,50 DM + 2 DM Versandkosten in Briefmarken beilegen.

lass beinhalten der Tendenz nach die Gefahr der "Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen". Aber auch die Entwicklung in Asien, vor allem die Politik der nicht oder noch nicht unter NATO-Kontrolle stehenden Staaten Russland und China, bedroht die NATO-Interessen an dem ungehinderten Zugriff auf "lebenswichtige Ressourcen". Und besonders die weltweiten Fluchtbewegungen bedrohen die "Sicherheitsinteressen" der Festungen USA und Europa. Formulierungen wie "Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen" oder "unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen" sind übrigens die einzigen (in Artikel 4 ausgeführten), die ein wenig unverschleieter die wirklichen Interessen, die alten und die "neuen", des NATO-Bündnisses offenlegen, nämlich die uneingeschränkte Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der USA und der EU. Da in der jetzigen Phase der Entwicklung dieser Interessen die Übereinstimmung zwischen USA und EU die Hauptseite darstellt, ist die aktuelle NATO-Strategie im Grunde nichts anderes als Ausdruck einer Interessengleichheit imperialistischer Staaten an globaler Ausbeutung. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass dies für alle Zeiten der Fall sein wird, vielmehr deuten sich in einer Reihe von Formulierungen

die zunehmenden Widersprüche zwischen den USA auf der einen und Europa auf der anderen Seite an.

Der "Sicherheitsansatz im 21. Jahrhundert"

Mit diesem nebulösen Begriff wird erneut die Tatsache verschleiert, dass die NATO in Zukunft in ihrer Politik sich in keiner Weise mehr an übergeordnete Beschlüsse der UNO, schon gar nicht der OSZE, gebunden fühlt. Es wird festgestellt: "Das Bündnis ist einem breit angelegten sicherheitspolitischen Ansatz verpflichtet, der die Bedeutung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Faktoren neben der unverzichtbaren Verteidigungsdimension" anerkennt."

Was Außenminister Fischer im Verein mit der Sozialdemokratie als 'Einbindung' der militärischen Komponente der NATO in politische, 'zivile' Entscheidungsprozesse zu verkaufen versucht, ist in Wirklichkeit der Anspruch der NATO, diese in aller Welt auf Grundlage der eigenen Interessen zu bestimmen und allein auf dieser Basis es für opportun zu erachten, andere Entscheidungsgremien wie UNO oder OSZE einzubeziehen - oder auch nicht.

Dazu heißt es:

"Dieser breite Ansatz bildet für das Bündnis die Grundlage für die wirksame Erfüllung seiner grundlegenden Sicherheitsaufgaben sowie die Verstärkung seiner

Bemühungen um die Entwicklung einer wirksamen Zusammenarbeit mit anderen europäischen und euroatlantischen Organisationen sowie den Vereinten Nationen."

Also, "Bemühungen" um eine eventuelle "Zusammenarbeit" mit Organisationen wie der UNO, die aber im Grunde als historisch überholt, schon gar nicht als Organisationsformen, deren Beschlüsse auch für die NATO bindend sind, angesehen werden. darüber können auch die gebetsmühlenhaften Wiederholungen von Formulierungen wie "fortdauernde Offenheit für neue Mitglieder und die Fortsetzung von Partnerschaft, Zusammenarbeit und Dialog mit anderen Staaten als Teil eines kooperativen Ansatzes" nichts ändern.

Den größten Umfang, somit auch den eigentlichen Kern der "neuen" NATO-Strategie, haben die Ausführungen über die militärischen Ziele des Bündnisses.

Die Aufrechterhaltung der Militärischen Fähigkeiten des Bündnisses

Schon die Formulierung "Aufrechterhaltung" verschleiert die Grundaussage, dass nämlich die NATO eine Phase gewaltiger militärischer Aufrüstung ihrer Mitgliedstaaten einleitet, insbesondere aber eine Neubestimmung der militärischen Aufgaben der europäischen Staaten. Der militärische Teil der Ausführungen macht noch

einmal deutlich, dass - insbesondere gestärkt durch die Erfahrungen des NATO-Krieges auf dem Balkan, in der Zukunft nicht nur das Schwergewicht, sondern wohl eher das ausschließliche Ziel das Eingreifen der NATO zur Bewältigung von "Krisen" in jedem möglichen Ort der Welt darstellen.

Dass unter den gegebenen Voraussetzungen die Gefahr eines militärischen Angriffs auf eines der NATO-Länder relativ unwahrscheinlich ist, wird in den militärischen Formulierungen - am Rande - zugegeben: *"Die betroffenen Bündnispartner sind der Auffassung, dass sich angesichts der radikal veränderten Sicherheitslage, wozu auch ein verringertes Niveau konventioneller Streitkräfte in Europa und eine Verlängerung der Reaktionszeiten gehört, die Fähigkeit der NATO, eine Krise mit diplomatischen und anderen Mitteln zu entschärfen oder, sollte dies notwendig werden, sich auf erfolgreiche konventionelle Verteidigung einzurichten, wesentlich verbessert hat. Umstände, unter denen ein Einsatz von von Nuklearwaffen von ihnen in Betracht zu ziehen wäre, rücken daher in äußerste Ferne."* Damit wird im Grunde zugegeben, dass mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes keine reale militärische Bedrohung für irgendein NATO-Mitglied mehr besteht, mithin die Auflösung eines derartigen Bündnisses auf der Tagesordnung stünde - wenn

es sich um ein "Verteidigungsbündnis" handelte, was es aber nicht ist und nie war.

Interessant in diesem Zusammenhang, dass das NATO-Papier - wohl ungewollt - an einer Stelle den Zusammenhang zwischen ökonomischer und militärischer Expansion der Mitgliedsstaaten indirekt eingesteht. Hierzu heißt es: *"Die weltweite Verbreitung von Technologien, die zur Herstellung von Waffen genutzt werden können, kann zur größeren Verfügbarkeit von hochentwickelten militärischen Fähigkeiten führen und es Gegnern erlauben, sich hochwirksame luft-, land- und seegestützte Offensiv- und Defensivsysteme, Marschflugkörper und andere fortgeschrittene Waffensysteme zu verschaffen."*

Wer anders als die führenden imperialistischen Staaten hat ein ausgeprägtes Interesse an der "weltweiten Verbreitung von Technologien, die zur Herstellung von Waffen genutzt werden können"?

Diese Logik', die besagt, dass die von den NATO-Staaten hervorgerufene weltweite 'Aufrüstung' durch eigene, verstärkte 'Aufrüstung' beantwortet werden muss, begründet dann die konkreten Vorstellungen, wie die "neuen" Rüstungsanstrengungen' auszusehen haben. Dass die "neue" Strategie tatsächlich eine gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben bedeuten wird, steht selbstverständlich an keiner Stelle des Papiers ausdrück-

lich formuliert, wird aber ebenfalls an einer Stelle der Ausführungen deutlich. Hierzu heißt es:

"Militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind, stellen auch die Grundlage für die Fähigkeit des Bündnisses dar, durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Konfliktverhütung beizutragen. Diese Einsätze können höchste Anforderungen stellen und in hohem Maße von den gleichen politischen und militärischen Qualitäten wie Zusammenhalt, multinationale Ausbildung und umfassende vorherige Planung abhängen, die auch in einer unter Artikel 5 fallende Lage von ausschlaggebender Bedeutung wären."

Das heißt im Klartexte, die zukünftigen Kosten von NATO-Einsätzen in aller Welt werden mindestens genauso hoch veranschlagt wie diejenigen, die für den Fall eines Angriffs von außen gegenüber einem der NATO-Mitgliedsländer vorgesehen sind.

Nähere Einzelheiten über konkrete Rüstungsmaßnahmen macht das Papier nicht, hervorzuheben ist aber die Tatsache, dass die Notwendigkeit von nuklearer Aufrüstung festgeschrieben wird: *"Angesichts der Vielfalt der Risiken, denen sich das Bündnis gegenübersehen könnte, muss es die Streitkräfte beibehalten, die zur Gewährung einer glaub-*

würdigen Abschreckung erforderlich sind und ein breites Spektrum konventioneller Streitkräfte des Bündnisses zur Verfügung stellen. Aber die konventionellen Streitkräfte des Bündnisses allein können eine glaubwürdige Abschreckung nicht gewährleisten. Einzig Nuklearwaffen machen die Risiken jeglicher Aggression unkalkulierbar und unannehmbar. Sie sind daher nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Friedens."

Als letzter Aspekt ist die angedeutete Entwicklung von Widersprüchen zwischen USA und EU bedeutsam, die jedoch in dem vorliegenden Papier - wie so manches andere - nur in verschleierter Form enthalten ist.

Entstehende Widersprüche
Neben dem gemeinsamen Interesse, die NATO 'nach Osten' zu erweitern und Länder wie die Ukraine und Russland, über deren 'Bedeutung' langatmige Ausführungen gemacht werden, 'einzubinden', wird vor allem der "Mittelmeerraum" als strategisch wichtigster Raum für die "Sicherheit" der NATO-Mitgliedstaaten definiert. Die militärische Politik der NATO - wie zuletzt der Krieg gegen Jugoslawien - wird als "Mittelmeer-Dialog-Prozess der NATO" bezeichnet. Dass die NATO-Mitgliedsstaaten gerade in diesem Bereich in der Zukunft unterschiedliche Interessen entwickeln werden, wird in dem Papier nur

angedeutet: "Der Mittelmeerdialog-Prozess der NATO ist integraler Bestandteil des kooperativen Sicherheitsansatzes der NATO. Er schafft einen Rahmen für Vertrauensbildung, fördert Transparenz und Zusammenarbeit in der Region, stärkt und wird seinerseits gestärkt durch andere internationale Bemühungen. Das Bündnis bekennt sich zur stetigen Weiterentwicklung der politischen, zivilen und militärischen Aspekte des Dialogs mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit und aktivere Einbeziehung der Staaten zu erreichen, die Partner in diesem Dialog sind." Der Krieg gegen Jugoslawien hat deutlich gemacht, wie brüchig - hinter dem nach außen vorgetragenen Konzept der unverbrüchlichen Einheit - die Gemeinsamkeit der Interessen innerhalb der NATO war. Die USA führten den Krieg, um ihre militärische Präsenz in Europa auszuweiten - mit Erfolg. Innerhalb der EU waren England und die BRD die Hauptkriegstreiber, Gri-

eichenland, Italien und auch Frankreich standen nicht uneingeschränkt dahinter. Im Verlauf des Krieges war dann vor allem Deutschland - im Gegensatz zu den USA - daran interessiert, ein militärisches Eingreifen Russlands mit allen Mitteln zu verhindern, wenn notwendig auch mit der Konsequenz, eine stärkere Beteiligung russischer Truppen an der Besetzung des Kosovo zu akzeptieren. Auch in dieser Frage haben sich die USA, unterstützt durch England, am Ende durchgesetzt. Dass derartige Widersprüche zwischen den USA und einzelnen europäischen NATO-Staaten deutlicher hervortreten werden, mag die Zukunft beweisen - die nächsten Angriffsziel werden bereits diskutiert: "Konflikte", die im "Sicherheitsumfeld" der NATO entstanden sind, betreffen beispielsweise die Region um das Kaspische Meer, die arabischen Staaten sowie die Region Afghanistan, Pakistan und Indien.

Stephan W. Born (AFB)

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl Hermann Str. 14
45701 Herzen
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwässernutzung
Brennwertkessel

**WIR TRAUERN UM AAMIR MOHAMED AGEEB !
Sudanesischer Flüchtling vom BGS während
der Abschiebung aus Deutschland ermordet.**

In der Nacht zum 29. Mai ist der junge sudanesischer Flüchtling **Aamir Mohamed Ageeb** bei seiner Abschiebung in den Sudan zu Tode gekommen. Weil er versucht hatte, sich körperlich der Abschiebung zu widersetzen, ist er vom BGS an Händen und Füßen gefesselt worden, kurz nach dem Abflug ist sein Kopf von den begleitenden BGS-Beamten auf sein Kinn gedrückt worden, als sie ihn wieder aufrichteten, war er bereits tot.

Wir sind entsetzt über diesen Mord !

Erst kürzlich ist am 1. Mai der 25jährige nigerianische Flüchtling **Marcus Omofuma** bei seiner Abschiebung aus Österreich durch Mißhandlung der begleitenden Polizeibeamten ums Leben gekommen, und erst im September letzten Jahres mußte die 20jährige **Semira Adamu** bei ihrer Abschiebung aus Belgien ihr Leben lassen.

Der durch die staatliche Politik verursachte Mord an Semira Adamu hatte in Belgien zumindest einen breiten Aufschrei in der Bevölkerung zur Folge, woraufhin der damalige Innenminister Tolback zurücktreten musste.

Doch wie unterschiedlich sind diesmal die Reaktionen, als sich solch ein Mord in Deutschland ereignete. Hier wird dem Toten selbst die Schuld an seinem Tod gegeben, weil er sich gegen seine Abschiebung zur Wehr setzte. Die Abschiebung selbst wird in keiner Weise in Frage gestellt.

Dabei hat der Tod Aamir Mohamed Ageebs lediglich wieder einmal vor Augen geführt, dass Abschiebungen tatsächlich Folter, dass Abschiebungen tatsächlich Mord sind. Semira Adamu, Marcus Omofuma und Aamir Mohamed Ageeb wurden staatlicherseits ermordet, weil sie um ihr Lebensrecht hier in Europa gekämpft haben.

Viele Flüchtlinge haben sich bisher vor ihrer Abschiebung selbst das Leben genommen, weil die Angst vor der bevorstehenden Folter, der zu erwartenden Verfolgung der heimischen Behörden schwerer wog als die Angst vor dem selbstgewählten Tod. Zu erwarten, dass sich Flüchtlinge nicht gegen ihre Abschiebung zur Wehr setzen, zeugt von großer Naivität.

Unzählige aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge werden nach der Ankunft in ihrem Herkunftsland grausam gefoltert, ermordet oder verschwinden spurlos.

Doch die deutschen Behörden schenken lieber den Lügen von Folterstaaten wie der Türkei oder Nigeria Gehör als unabhängigen Menschenrechtsorganisationen. Schließlich lassen sich mit solchen Regimen die deutschen Wirtschaftsinteressen besser durchsetzen als mit Menschenrechten. Sollten doch einmal die Nachrichten von Folter und Tod aus Deutschland abgeschobener Flüchtlinge an eine breitere Öffentlichkeit geraten, so wird dies genauso wie der Tod von Aamir Mohamed Ageeb als tragischer Unfall abgetan, ohne dass sich an der Abschiebepaxis etwas ändert.

Flüchtlingen wird durch die ständige Drohung, abgeschoben zu werden, die Möglichkeit einer Zukunftsplanung grundlegend verwehrt, und die drohende Auslieferung an die Verfolgerstaaten ist eine ständige psychische Belastung.

Auch für die deutsche Innenpolitik müssen die Menschenrechte ein Maßstab sein ! Wir sollten Otto Schily beim Wort nehmen, wenn er behauptet, alle gewaltsamen Abschiebeversuche vorerst aussetzen zu wollen (Inzwischen hat Schily die gewaltsame Abschiebung wieder erlaubt, Anm. d. Red.). Abschiebungen sind niemals ein freiwilliger Akt. Sie stellen immer eine gewaltsame Handlung dar.

**Abschiebungen sind eine Menschenrechtsverletzung
und müssen generell gestoppt werden !**

KARAWANE für die Rechte der FLÜCHTLINGE und MIGRANTINNEN

KEIN TAG DES "NATIONALEN WIDERSTANDS" IN HAMBURG

In Hamburg konnte der angekündigte Aufmarsch der Neonazis erfolgreich verhindert werden: Unter der Losung "Nie wieder Faschismus ! Nie wieder Krieg !" gingen trotz Versammlungsverbots 2000 AntifaschistInnen auf die Straße.

Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) hatte für den 5. Juni zu einem Aufmarsch in Hamburg aufgerufen, und die "Freien Nationalisten" mobilisierten bundesweit ihren Anhang.

Unter der Parole "Der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre ! Verteidigen wir sie" wollten die Nazis gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" demonstrieren. Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist bis zum 11. Juli in der Hansestadt zu sehen.

Gegen den Nazi-Aufmarsch hatten sich Antifaschistinnen und Antifaschisten aus über 60 Initiativen, Organisationen und Parteien auf einen gemeinsamen Aufruf verständigt. "Ein Naziaufmarsch in und um Hamburg wird von uns nicht hingenommen", zitierte die taz-hamburg den Sprecher des Bündnisses, Andreas Grünwald. "Eine angekündigte Veranstaltung in einer vergleichbaren Größenordnung konnte die DVU zuletzt vor zwanzig Jahren durchführen, und das wird auch so bleiben !"

Die Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch gelangten schließlich bis vor das Bundesverfassungsgericht. Erst am Vorabend der Demonstration fiel die Entscheidung. Ausgenommen die weit entfernte Kundgebung des DGB, blieben alle Versammlungen zum

Thema Wehrmachtsausstellung untersagt. Damit folgten die Karlsruher Richter dem Beschluss des Hamburgischen Obergerichtes. Am Tag zuvor hatte dieses Gericht die Verbotsvorgabe der Innenbehörde gegen die Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rassismus und Faschismus sowie zwei Kundgebungen der VVN-BdA bestätigt.

Das Ungewöhnliche an dem faktischen Demonstrationsverbot ist dessen Bestand vor den Verwaltungsgerichten. Nicht selten werden die Versammlungen der Nazis von der Polizei verboten, anschließend aber von den Verwaltungsgerichten wieder erlaubt.

In Hamburg - wie in Bremen am 1. Mai dieses Jahres - mussten erneut "befürchtete Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" durch linke Gegendemonstranten für das Verbot der Nazi-Veranstaltung herhalten: "Nach den Erfahrungen sowohl in Hamburg als auch in anderen Bundesländern ist nämlich zu erwarten, dass trotz der Verbote potentielle Teilnehmer der genannten Versammlungen sich dennoch zusammenfinden (...)" Die zu erwartenden "Gewaltszenarien" ließen die 3000 verfügbaren Beamten nicht mehr Herr der Lage sein.

Nicht einmal im Ansatz interessierten sich die Hamburger Richter für Nazi-Gewalt ge-

genüber AusländerInnen und Andersdenkenden. Kein Wort zum SA-ähnlichen Ordnerdienst der "Freien Kameradschaften", der bei Aufmärschen regelmäßig gegen das Uniformverbot verstößt. Kein Wort über die Nachfolgestruktur der verbotenen Nationalen Liste (NL), deren Kader beim Nazi-Aufmarsch Anfang des Jahres in Kiel skandierten: Ruhm und Ehre der Waffen-SS" und damit den Tatbestand der Werbung für verbotene Organisationen erfüllen.

Ganz offensichtlich wertet die Rechtsprechung das Bekenntnis zum Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit als Bestandteil der freien Meinungsäußerung und damit als schützenswertes Rechtsgut. Die schwache Verbotsbegründung gegen den Nazi-Aufmarsch ließ denn auch die Hamburger Organisatoren aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" bis zuletzt auf eine Genehmigung ihrer Veranstaltung hoffen und zwang die AntifaschistInnen durch den kostenspielligen Instanzenweg.

Das Hamburger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus hätte sich mit einem Versammlungsverbot der Nazi-Veranstaltung möglicherweise auch ohne eigene Demonstration begnügen können, wäre dessen inhaltliche Stoßrichtung nicht schlimmer als die sonst übliche Gleichsetzung von links und rechts: Denn werden die

Grundfesten des bürgerlichen Rechtsstaates - die Versammlungsfreiheit - in der Lesart durch das OVG von "linken Chaoten" außer Kraft gesetzt, folgt die Forderung nach staatlicher Aufrüstung und härterem Durchgreifen auf dem Fuße, und die "ordentlichen" Enkel Hitlers erscheinen als bedauerenswerte Opfer des linken Terrors. Allein aus diesem Grund war es wichtig zu demonstrieren, dass viele in Hamburg keinen Nazi-Aufmarsch wollen und eine politisch entschlossene Initiative einen Nazi-Aufmarsch auch tatsächlich verhindern kann.

Dem Problem, dass Nazi-Aufmärsche nur auf der Straße oder in der institutionalisierten Reaktion auf Proteste (durch Verbote) zu verhindern sind, stellte sich der Hamburger DGB erst gar nicht.

Vielmehr sollte eine vom Vorsitzenden Erhard Pumm und der Weihbischöfin Maria Jeppsen organisierte Kulturveranstaltung eine "bürgernahe" und "naziferne" Alternative zu den Protesten am Ort des Geschehens darstellen. Für 20 000 Menschen angemeldet, besuchten gerade einmal 200 Teilnehmer die Kundgebung am anderen Ende der Innenstadt. Die Veranstalter hatten sich durch viele unschöne Trickereien zuletzt auch noch selbst schwachmatt gesetzt: Als Freimut Duve (SPD) die Kundgebung gegen alle Absprachen zu einer Pro-NATO-Kundgebung umfunktionierte, liefen auch noch die letzten Gewerkschafter davon. In einem Punkt teilte die antifaschistische Demonstration der radikalen Linken mit ihren gut 2000 TeilnehmerInnen jedoch das Problem der DGB-Veranstaltung. MigrantInnen,

SchülerInnen und Studierende - um nur einige zu nennen - wurden von keiner der beiden Veranstaltungen in nennenswertem Ausmaß erreicht. Offensichtlich ist die Zeit der Lichterketten vorüber.

Es scheint, dass nicht nur das sogenannte bürgerliche Spektrum Probleme hat, die "Hamburger Bevölkerung" zu erreichen. Auch der Linken fällt es schwer, angesichts der Realität von Krieg und rassistischer Normalität mit "beseelenden Ideen in einer gerechten Sache" (Schwur von Buchenwald) über die eigenen, engen Grenzen hinaus zu gelangen. Seien wir ehrlich, es bedarf einer Menge historischer Bezüge und es braucht die Vorstellung von gesellschaftlichen Alternativen, andernfalls bleibt für die meisten "Nie wieder Faschismus ! Nie wieder Krieg !" heutzutage eine überkommene Phrase.

Deshalb waren auf der Kundgebung die Reden von ZeitzeugInnen so wichtig ! Ludwig Baumann (Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz), Kurt Hiller (Deutsche bei der Resistance, der Anti-Hitlerkoalition und der Bewegung freies Deutschland/CALPO) und **M a r i a n n e W i l k e** (Landessprecherin der VVN/BdA in Schleswig-Holstein) sind Menschen, die Mut machen und der Instrumentalisierung von Auschwitz entgegenreten.

Apropos Entgegenreten. Der "Nationale Widerstand" befürchtete in Hamburg wohl das Getreite und Gezerre und dirigierte die Kameradschaften rechtzeitig aus Hamburg und Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern um. 500 Beamte fingen den Konvoi vor

Schwerin ab und eskortierten die Nazis nach Ludwigslust. Dort formierte sich um 12.30 Uhr ein Zug von 500 Faschos, ohne einen einzigen Bereitschaftspolizisten vor Ort. Unter der Führung von Worch, Wulf, Heise und Hupka teilte sich der Aufzug. Eine Gruppe versuchte, in Erfurt, die andere in Hamburg einzusickern. Beides mißlang. Dass der NHB-Anmelder, Alexander von Webenau, gegenüber der taz-hamburg erklärte: "*Dieser Tag war ein Tag des Nationalen Widerstandes*", hat viel mit Wunschenken und Schönreden und wenig mit der Wirklichkeit gemein.

Ernster zu nehmen ist da schon die Erklärung von Thomas Wulf: "*Schon nächste Woche versuchen wir erneut, in Hamburg zu protestieren.*"

Inzwischen ist bekannt, dass die Nazis am 10. Juli in Hamburg einen erneuten Demonstrationsversuch starten werden, der vermutlich diesmal nicht verboten wird.

kun (in: Antifaschistische Nachrichten Nr. 12 v. 27.5.1999)

Anzeige

Zehn Gedichte und zehn Zeichnungen aus dem Gefängnis

von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.

Postfach 6444

24125 Kiel

Telefon und Fax: (0431) 7 51 41



DIE ROTE HILFE

**BERT-BRECHT-ZENTRUM
RECKLINGHAUSEN
KULTUR ALS BESTANDTEIL
DEMOKRATISCHEN ENGAGEMENTS**

IM JUNI VERANSTALTETE DAS BERT-BRECHT-ZENTRUM IN RECKLINGHAUSEN ZWEI KULTURELLE EREIGNISSE, DIE BESTANDTEIL DES LÄNGERFRISTIGEN ZIELS SIND, LITERARISCHE, MUSIKALISCHE UND DARSTELLENDEN KUNST STÄRKER ALS BISHER IM RAHMEN FORTSCHRITTLICHER POLITIK ZU FÖRDERN.

AUSSTELLUNG: "DER FRIEDEN FÄLLT NICHT VOM HIMMEL"

SEIT DEM 6. JUNI IST IM BBZ EINE AUSSTELLUNG VON 20 ARBEITEN DES GELSENKIRCHENER KÜNSTLERS WINFRIED A. KARSTEN ZUM THEMA "JUGOSLAWIENKRIEG" ZU BESICHTIGEN.

ZUM TEIL IN ÖLBILDERN, ZUM TEIL IN KREIDEZEICHNUNGEN HAT KARSTEN UNTERSCHIEDLICHE ASPEKTE DES KRIEGES DARGESTELLT, VON DEN OPFERN DES KRIEGES BIS ZU DEN 'TEILNAHMSLOSEN' ZUSCHAUERN AN DEUTSCHEN BILDSCHIRMEN.

JEDES EINZELNE BILD ERSCHLIESST SICH ERST AUF DEN ZWEITEN UND DRITTEN BLICK, ES ENTWICKELN SICH SPONTANE DISKUSSIONEN, BISWEILEN BLEIBT UNSICHERHEIT, WIE "DAS GEMEINT SEIN" KÖNNTE.

DIE AUSSTELLUNG IST NOCH BIS ZUM 6. AUGUST IM BBZ ZU BESICHTIGEN.

DARSTELLENDEN SPIEL:

"DAS GROSSE TESTAMENT DES FRANCOIS VILLON"

DER MALER KARSTEN VERSUCHTE SICH AM 18. JUNI AUCH ALS DARSTELLER. IN EINER KNAPP ZWEISTÜNDIGEN AUFFÜHRUNG PRÄSENTIERTE ER DAS "TESTAMENT DES FRANCOIS VILLON" NACH DER ÜBERTRAGUNG INS DEUTSCHE DURCH ERNST STANKOWSKI.

KARSTEN HATTE STANKOWSKI VOR JAHREN KENNENGELERNT, DER DAMALS - NOCH ZU LEBZEITEN - SELBER MIT DEM "VILLON" AUF ZAHLREICHEN VERANSTALTUNGEN GEGLÄNZT HATTE.

KAM DIE RHETORISCHE QUALITÄT KARSTENS DEM GESCHLIFFENEN VORTRAG STANKOWSKIS ZWAR NICHT SEHR NAHE, SO WAR DAGEGEN DIE DARSTELLERISCHE QUALITÄT UND SEIN PRALLER, LEBENSFROHER AUFTRITT VOR ETWA 20 GÄSTEN EIN ERLEBNIS.

DER GASTGEBENDE AFB, DER DEN DARSTELLER FÜR DIESEN ABEND EINGELADEN HATTE, BOT FRANZÖSISCHEN ROTWEIN UND EINEN KULINARISCHEN IMBISS, WAS DEM VERGNÜGEN AN DEM VORTRAG NICHT UNWESENTLICH ZUGUTE KAM.

IM ANSCHLIESSENDEN GESPRÄCH MIT ZAHLREICHEN GÄSTEN, DIE ZUM ERSTEN MAL DEN WEG INS BBZ GEFUNDEN HATTEN, WURDEN EINIGE VORSCHLÄGE FÜR WEITERE KULTURVERANSTALTUNGEN GEMACHT, VON DENEN SICHER DER EINE ODER ANDERE IN NICHT ALLZU FERNER ZUKUNFT REALISIERT WERDEN DÜRFTE.

VORANKÜNDIGUNG: LIEDER AUS IRLAND MIT DER GRUPPE "ABSEITS"

ENDE AUGUST WIRD DIE DATTELNER LIEDERGRUPPE "ABSEITS" IHR PROGRAMM VORSTELLEN. ALTE UND NEUE LIEDER AUS IRLAND AUS UNTERSCHIEDLICHEN BEREICHEN - VOM LIEBESLIED ÜBER TRINKLIEDER BIS ZUM POLITISCHEN SONG - SIND IN DEM ÄUSSERT UMFANGREICHEN REPERTOIRE DER GRUPPE ENTHALTEN. VERANSTALTER DIESES ABENDS IST DER INTERNATIONALE FREUNDSCHAFTSVEREIN (IFV), DER AUCH FÜR DAS LEBLICHE WOHL DER GÄSTE SORGEN WIRD. NACH BISHER UNBESTÄTIGTEN INFORMATIONEN SOLL AUCH GUINNESS VOM FASS GEREICHT WERDEN.